Bern, Freitag 6. Juni XII. Jahrg. 1902 XII^me année Berne, vendredi 6 juin

Amtliches stenographisches Bülletin der schweizerischen Bundesversammlung

BULLETIN STÉNOGRAPHIQUE OFFICIEL DE L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE

№ 16

Abonnements: Jährlich Fr. 2. — für die Schweiz, Fr. 4. — für das übrige Postvereinsgebiet. In der Schweiz kann nur bei der Post abonniert werden.
Abonnements: Un an: Suisse fr. 2. —, Union postale fr. 4. —. On s'abonne en Suisse exclusivement aux offices postaux.

Unterstützung der Primarschule.

Entwurf des Bundesrates.
17. Mai 1902.

Antrag der Kommission des Nationalrates.
24. Mai 1902.

Bundesbeschluss

betreffend

die Unterstützung der Primarschule durch den Bund.

Titel und Ingress wie Bundesrat.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 17. Mai 1902,

beschliesst:

1) Die Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 erhält folgenden Zusatzartikel:

Art. 27bis. Den Kantonen können zur Unterstützung in der Erfüllung der ihnen auf dem Gebiete des Primarunterrichtes obliegenden Pflichten Beiträge verabfolgt werden.

Das Gesetz bestimmt die Bedingungen, unter denen diese Beiträge verabreicht werden.

1) Die Bundesverfassung . . .

Art. 27bis. Den Kantonen können zur Unterstützung in der Erfüllung der ihnen auf dem Gebiete des Primarunterrichtes obliegenden Pflichten Beiträge verabfolgt werden.

Das Nähere bestimmt das Gesetz.

Die Organisation, Leitung und Beaufsichtigung des Primarschulwesens bleibt Sache der Kantone, vorbehalten die Bestimmungen des Art. 27.

2) Diese Verfassungserweiterung ist der Abstimmung des Volkes und der Stände zu unterbreiten.

2) Wie Bundesrat.

3) Der Bundesrat ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.

3) Wie Bundesrat.

Subvention à l'Ecole primaire.

Projet du conseil fédéral.
17 mai 1902.

Arrêté fédéral

concernant

la subvention de l'école primaire publique par la Confédération.

L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE
DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE,

vu le message du conseil fédéral du 17 mai 1902,

décrète:

1) L'adjonction suivante est introduite dans la constitution fédérale du 29 mai 1874:

Art. 27bis. Des subventions pourront être allouées aux cantons en vue de les aider à remplir leurs obligations dans le domaine de l'instruction primaire.

La loi déterminera les conditions auxquelles ces subventions seront accordées.

2) Le présent arrêté sera soumis à la votation du peuple et des états.

3) Le conseil fédéral est chargé de prendre à cet effet les mesures nécessaires.

Proposition de la commission du conseil national.
24 mai 1902.

Titre et préambule comme le conseil fédéral.

1) L'adjonction . . .

Art. 27bis. Des subventions peuvent être allouées aux cantons en vue de les aider à remplir leurs obligations dans le domaine de l'instruction primaire.

La loi règle l'exécution de cette disposition.

L'organisation, la direction et la surveillance de l'école primaire demeurent dans la compétence des cantons, sous réserve des dispositions de l'art. 27 de la constitution fédérale.

2) Le présent . . .

3) Le conseil fédéral . . .

Nationalrat. — Conseil national.

Sitzung vom 6. Juni 1902, vormittags 8 Uhr. — Séance du 6 juin 1902, à 8 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Herr *Iten.*

Tagesordnung: — *Ordre du jour:*

Unterstützung der Primarschule. — Subvention à l'école primaire.

Curti, deutscher Berichterstatter der Kommission: Sie erinnern sich, dass die Angelegenheit der Unterstützung der Volksschule durch den Bund in der Dezembersession zu ausführlichen Erörterungen Anlass gegeben hat. Der Bundesrat hatte eine Vorlage ausgearbeitet, welche die Lösung der Frage auf dem Wege des Gesetzes suchte, und die Kommission war über die einzelnen Bestimmungen eines solchen Gesetzes einig geworden. Von Anfang an hatte sich bei einem Teil der Kommissionsmitglieder und in unserm Lande bei einem Teil der Parteien und ihrer Organe die Ansicht geltend gemacht, dass diese Angelegenheit nicht durch ein Gesetz erledigt werden könne, sondern dass dem Gesetz eine Verfassungsänderung vorausgehen müsse. Da man über diesen Hauptgesichtspunkt nicht einig geworden war, hat der Sprechende versucht, einen Weg zu finden, um die aus der Diskussion über das Gesetz gewonnenen Resultate in einem Verfassungsartikel niederzulegen. Es schien ihm praktisch, gerade dasjenige in die Verfassung hineinzunehmen, worüber man bei Beratung der Gesetzesvorlage fast in allen

Punkten, ganz nebensächliche ausgenommen, sich hatte einigen können. Allerdings ist auf diese Weise ein längerer Verfassungsartikel entstanden. Die Ausdehnung dieses Artikels war eine verhältnismässig grosse, und man hat den Einwand erhoben, der Artikel sollte eine andere Fassung erhalten können. Es entspreche mehr der bisherigen Praxis unseres Verfassungsrechtes und der Verfassungsgesetzgebung, wenn man in der Verfassung nur allgemeine Grundsätze ausspreche, die Ausführung derselben aber auf den Weg der Gesetzgebung verweise. Mir schien der Vorteil, dass man den ganzen Gesetzesentwurf in die Verfassung hineinnehme, darin zu liegen, dass wir unsern Mitbürgern von Anfang an genau hätten sagen können, was der Verfassungsartikel bringen werde, und dass man die Befürchtungen, die nach verschiedenen Seiten hin walteten, hätte beseitigen können. Es wäre auch möglich gewesen, durch eine angefügte Formel die einen Bestimmungen beweglich zu machen, die andern als Verfassungsgrundsätze dauernd gelten zu lassen. Man hätte natürlich der Zukunft zu sehr vorgegriffen, wenn man etwa hätte sagen wollen, dass die Subventionsquote, die der Bund den Kantonen nach der Verschiedenheit ihrer Lage gebe, immer dieselbe bleiben müsse. Man hätte der Zukunft auch zu sehr vorgegriffen, wenn man hätte sagen wollen, dass keine andern Zwecke Unterstützung finden können, als diejenigen, die für einmal in der Verfassung genannt worden seien. Wir wären aber auf diese Weise, wie ich gern gestehe, zu einer etwas neuen Art unserer Verfassungskonstruktion gekommen. Man hätte Verfassungsgrundsätze gehabt, die intakt hätten bleiben müssen, die nur durch eine Verfassungsabstimmung wieder hätten geändert werden können, und andere, die der Abänderung durch ein Gesetz hätten unterliegen müssen. Auch das war an dem Artikel ungewohnt, dass nach der Abstimmung über die Verfassung ein Gesetz überhaupt nicht mehr notwendig gewesen wäre, sondern ein Reglement des Bundesrates zur Ausführung genügt hätte.

Gegen diese Art der Gestaltung der Materie sind verschiedene Einwände erhoben worden, die ich nicht diskutiere, weil ich selbst mittlerweile meinen Antrag habe fallen lassen, und weil ich von Anfang an erklärt habe, dass derselbe als Diskussionsbasis dienen solle, bestimmt, unter allen Umständen dazu zu führen, dass wir uns einigen, dass man die Lösung auf dem Verfassungswege versuche, damit allen Parteien Gelegenheit geboten sei, in dieser Sache zusammenzuwirken.

Sie erinnern sich, dass in der Diskussion, welche im Dezember gepflogen worden ist, eine Anzahl weiterer Anträge der HH. Schobinger, Sonderegger, Heller u. s. w. eingebracht worden sind, welche alle die eine Absicht verfolgten, zum Zwecke der Einigung der verschiedenen Fraktionen die Lösung auf dem Verfassungswege zu suchen, dass man aber die Form nicht gefunden hat, auf die man sich zu verständigen in der Lage war. Schliesslich ist der Antrag des Herrn Scherrer-Füllemann angenommen worden, welcher die ganze Angelegenheit an den Bundesrat zurückwies, mit der Weisung, er möchte in der nächsten Session — es wäre das also die Aprilsession gewesen — den Entwurf eines Verfassungsartikels vorlegen. Der Bundesrat hat die Sache an die Hand genommen. Mittlerweile musste aber auch noch der Ständerat schlüssig werden, weil die Ansicht sich geltend machte, dass, da es sich um eine Verfassungsfrage und um eine ganz bestimmte Direktion an den Bundesrat handle, beide Räte den Antrag des Herrn Scherrer-Füllemann angenommen haben müssten, bevor derselbe für den Bundesrat die gewollte Direktion bedeute.

Aus jenen Debatten, so mannigfaltig auch die Ansichten waren, welche in denselben geäussert worden, sind meines Erachtens doch zwei Dinge klar zur Evidenz hervorgegangen. Einmal, dass bei Ihrem Rate ein fester Wille besteht, die Frage möglichst bald zu erledigen, für die Unterstützung der Volksschule durch den Bund bedacht zu sein und ihr gesetzgeberische Form zu geben. Man hat nirgends eigentlich mit Bestimmtheit die Nützlichkeit der Sache bestritten. Man hat allgemein zugegeben, dass es sich um einen Zweck handle, welcher zeitgemäss, ja selbst dringend und auf alle Fälle wohlthätig sei. Der Eindruck, den unsere Diskussion hinterlassen hat, ist — ich glaube es sagen zu dürfen — im ganzen Lande der gewesen, dass hier die bestimmte Absicht bestehe, eine Unterstützung der Primarschule durch den Bund baldigst herbeizuführen. Das zweite, was sich aus den Debatten ergab, war das, man wolle sehen, wie man diese Angelegenheit auf dem Wege der Verfassung lösen könne, weil ein Gesetz, wie gut dasselbe auch ausgearbeitet sein möchte, die Bedenken derjenigen doch nicht beseitigen könnte, welche glauben, dass es sich um eine neue, verfassungsmässig erst zu schaffende Kompetenz des Bundes handle. Eine Verständigung sei nur auf dem Boden der Verfassung und durch das Mittel eines Verfassungsartikels möglich. Deshalb glaube ich, haben Sie mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität den Antrag des Herrn Scherrer-Füllemann angenommen.

Der Bundesrat hat den gleichen Weg eingeschlagen. Er hat der Kommission einen Artikel vorgelegt, welcher ein Verfassungsartikel ist und jene Kompetenz schafft, von der die Einen geglaubt haben, dass sie erst geschaffen werden müsse, und von der die Andern zwar nicht überzeugt sind, dass man ihrer bedürfe, die sie aber dennoch acceptieren, weil sie eben glauben, dass wir nur so an ein Ende gelangen werden. Die Vorlage des Bundesrates beschränkt sich in der Hauptsache auf 2 Sätze, von denen der eine lautet: «Den Kantonen können zur Unterstützung in der Erfüllung der ihnen auf dem Gebiete des Primarunterrichtes obliegenden Pflichten Beiträge verabfolgt werden» und von denen der andere sagt: «Das Gesetz bestimmt die Bedingungen, unter denen diese Beiträge verabfolgt werden.» Hiemit würde auf der einen Seite bestimmt, dass dem Bund in Zukunft die von manchen Mitgliedern unseres Rates bestrittene Kompetenz zukommen würde. Im zweiten Satz wäre festgelegt, dass, wenn wir einen Verfassungsartikel geschaffen haben, die Ausführung dem Gesetz und nicht einem Reglement überlassen sei.

Die Kommission hat gegen diese Auffassung, welche ohne Zweifel die Geister einander näherführen konnte, im Grunde nichts eingewendet. Man war allseitig damit einverstanden, dass man es unternehmen wolle, die Angelegenheit durch einen

Verfassungsartikel und nicht unmittelbar durch ein Gesetz ins Reine zu bringen. Damit wurde die Zustimmung zu der Fassung des Bundesrates offenbar. Immerhin fand man — und ich glaube, es war das bei allen Mitgliedern der Fall — dass der Entwurf des Bundesrates nicht genug biete. Wenn man auch in dem Artikel weitgehende, genaue Bestimmungen nicht für notwendig hielt und darauf verzichtete, um zu einer kürzeren Fassung und zu einer Einigung zu kommen, so herrschten doch Befürchtungen, dahingehend, dass ein so kurzer und einfacher Artikel über das Verhältnis der Kantone zum Bund in unserm Volksschulwesen nichts sage und die Unterstützung der Volksschule dazu führen könnte, ein Eingreifen des Bundes in die heutigen Kompetenzen und Rechte der Kantone zu veranlassen. Aber wenn bei denjenigen, die im Anfang überhaupt nicht mit Begeisterung an diese Sache herangetreten sind, weil sie Befürchtungen hegten, diesen Befürchtungen neuerdings Ausdruck gegeben wurde, so war auf der andern Seite auch bei denjenigen, welche die Angelegenheit im Laufe der Jahre durch verschiedene Motionen immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt und zu fördern gesucht haben, eine Befürchtung vorhanden, und es musste auch hier eine Beschwichtigung erfolgen. Die Vertreter dieser Richtung sagten sich, dass es bei der Fassung des Bundesrates möglich wäre, nachher im Gesetz Bestimmungen zu treffen, welche — erlauben Sie mir das Wort — einer Rückwärtsrevision des Art. 27 gleichkämen. Man fürchtete, durch diese neue Gesetzgebung, obwohl hier eigentlich nur schultechnische und volkswirtschaftliche Dinge geordnet werden, könnte doch, wenn auch nicht ein formelles, so doch ein thatsächliches Zurückkommen auf den Art. 27 stattfinden. Wenn man den Kantonen ihre Rechte im Schulwesen garantiere, so könnten diese Rechte so verstanden werden, dass die Pflichten, welche den Kantonen durch Art. 27 vorgeschrieben sind, eine Veränderung erleiden. Man kann sich nicht verhehlen, dass die beiden Artikel einander ins Gehege geraten könnten. Art. 27 schreibt deutlich vor, dass die Kantone den Unterricht in der Volksschule so und so gestalten müssen, insbesondere auch, dass sie für genügenden Unterricht sorgen müssen, und dass, wenn sie es nicht thun, der Bund ein Recht habe, gegen die säumigen Kantone Massnahmen zu treffen. Wenn nun auf der andern Seite den Kantonen im ganzen und ohne jede Restriktion garantiert wird, dass die Organisation, Leitung und Beaufsichtigung des Primarschulwesens ihre Sache sei, so könnte es, wenn man später dem Artikel diese Deutung geben wollte, scheinen und gelten, als ob die Kantone hier eine unbedingte Souveränität erlangt hätten. So hatten sich zwei Befürchtungen neben einander gruppiert, welche beide auf die eine Tendenz hinausliefen, eine Ergänzung zu dem Entwurf des Bundesrates zu bewirken.

Ich will persönlich nicht sagen, dass ich diese Befürchtungen auch hegte, aber darauf kommt es ja nicht an. Ich glaube nicht, dass man den neuen Verfassungsartikel jemals mit Grund so hätte auslegen können, dass derselbe dem Art. 27 widersprochen hätte. Die beiden Artikel sind einander koordiniert, und wenn auch der eine später als der andere gemacht worden ist, so kann doch der spätere den frühern nicht aufheben. Aber es ist ja immerhin in solchen Dingen sehr gut, wenn man im voraus allen Deutungen, die etwa möglich wären, und allen Verwirrungen, die entstehen könnten, begegnet, und es war gewiss richtig von der Kommission, dass sie diese beiden Ansichten mit einander verband und einen Zusatz zu dem Artikel des Bundesrates machte, welcher nach beiden Seiten hin die Befürchtungen, die gehegt werden, beseitigen konnte. Der Vertreter des Bundesrates, welcher die Güte hatte, den Sitzungen der Kommission beizuwohnen, hat erklärt, dass die Fassung des Bundesrates nicht den Sinn habe, jede Erweiterung auszuschliessen, sondern dass, wenn man sie nicht genügend finde, wenn die politischen Richtungen in derselben eine ausreichende Garantie nicht erblicken, er sich gegen einen Zusatz nicht verwahren möchte, dass man vielmehr suchen solle, durch die Erweiterung des Artikels eine Einigung herbeizuführen.

Es ist nun die Kommission dazu gekommen, der Fassung des Bundesrates noch einen weitern Satz hinzuzufügen, den wir aus dem Texte des früher beratenen Gesetzes herübergenommen haben und welcher lautet: «Die Organisation, Leitung und Beaufsichtigung des Primarschulwesens bleibt Sache der Kantone.» Hiezu ist noch gefügt worden, um eben den Art. 27 gegen jede irrtümliche Interpretation zu schützen: «vorbehalten die Bestimmungen des Art. 27.» Sie hätten also in dem neuen Artikel die Kompetenz des Bundes festgesetzt, Sie hätten die Autonomie der Kantone im Schulwesen garantiert, ohne dass dieselbe sich über die den Kantonen in Art. 27 auferlegten Verpflichtungen hinaus ausdehnen könnte.

Man glaubte nun, dass das genügen würde, dass man in einer Verfassung nicht mehr zu sagen brauche, dass nun die verschiedenen Meinungen eine Formel gefunden hätten, die sie zu einigen im stande wäre.

Wenn der Bundesrat hinzugefügt hat, es bestimme das Gesetz die Bedingungen, unter denen die Beiträge verabreicht werden, so nahm die Kommission diesen Satz ebenfalls auf, nur in einer andern Wendung, wie sie bei Verfassungsartikeln üblich ist, indem sie sagte: «Das Nähere bestimmt das Gesetz.» In dem Gesetz wird nicht nur die Rede sein von den Bedingungen, unter denen die Beiträge verabreicht werden, sondern auch von andern Dingen gesprochen werden: von der Höhe der Beitragsleistung des Bundes, den einzelnen Zwecken, welche die Volksschulsubvention verfolgen soll, u. s. w. Es ist diese Fassung: «Das Nähere bestimmt das Gesetz» nicht nur die gewöhnliche, sondern auch die korrektere, eben weil sie einen weitern Umfang hat. Aber im ganzen ist das nur ein nebensächlicher Punkt, bei dem ich mich nicht länger aufhalten will.

Was die Abschnitte 2 und 3 der bundesrätlichen Vorlage betrifft, so hat die Kommission dieselben ohne weiters angenommen. Es sind das die bekannten Formeln, welche jeweilen den Bundesbeschlüssen bei Verfassungsrevisionen beigegeben werden.

Meine Herren! Das ist die kurze, chronologische Geschichte des Entwurfes, wie er Ihnen vorliegt, und ich glaube, so gedrängt meine Darstellung ist, so wird sich Ihnen daraus ergeben haben, wie richtig die Fassung ist, welche wir Ihnen vorlegen.

Dieselbe wurde denn auch in der Kommission einstimmig angenommen. Ich glaube, diese Einstimmigkeit bei anfänglich so entgegengesetzten Ansichten und angesichts des Misstrauens, das ursprünglich da und dort bestanden hat, ist der beste Beweis für die Richtigkeit dessen, was wir Ihnen bieten. Ich hoffe auch, sie werde von guter Vorbedeutung für das weitere Schicksal der Angelegenheit sein.

Nur auf einen mehr äusserlichen Punkt habe ich noch hinzuweisen. Man hat in der Kommission gefragt, und es ist auch in der Presse davon die Rede gewesen, ob wir nicht gleichzeitig mit der Verfassungsrevision die Diskussion des Gesetzesentwurfes vornehmen könnten, um dann dem Volke einen Verfassungsartikel und einen Gesetzesentwurf zugleich vorzulegen. Es hätte das ohne Zweifel den Nutzen, dass man genau, in allen Einzelheiten, dem Volke sagen könnte, was man wolle, auch im Detail mit Hinsicht auf die Zweckbestimmung, auf die Grösse der Summe, auf die Unterscheidung der Kantone in zwei Klassen, u. s. w. Aber es ist im Schosse der Kommission auch sofort erwidert worden, dass dieser Vorgang ungewöhnlich wäre und dass wir dazu eigentlich eine Ermächtigung nicht besitzen. Wir können, wenn wir einmal einen Verfassungsartikel ausarbeiten und der Abstimmung unterbreiten, nicht auch jetzt schon das Gesetz ausarbeiten und zur Abstimmung des Volkes bringen, sondern nach Massgabe des bisherigen Verfahrens bei Verfassungsänderungen müssen wir zuerst erfahren, was das Volk über den Verfassungsartikel sagen wird, und erst, wenn es den Verfassungsartikel angenommen hat, ist uns die Befugnis gegeben, das Gesetz auszuarbeiten. Aber allerdings glaubt die Kommission, dass das für das Schicksal der ganzen Gesetzgebung nicht entscheidend sein könne. Es ist nicht anzunehmen, dass es anders ausfallen werde, als wie wir es in der Kommissionssitzung bereinigt haben. Es ist von allen Parteien einstimmig in der Kommission gutgeheissen worden, es ist das Resultat von dem, was der schweizerische Lehrerverein verlangt, was die Konferenz der Erziehungsdirektoren gebilligt, was der Bundesrat wollte und was die Kommission zuletzt festgesetzt hat. Das Gesetz giebt, wenn man von dieser Frage, ob Verfassung oder Gesetz, absieht, eine grosse Uebereinstimmung der Meinungen wieder, und ich glaube, dass kaum jemand, der dasselbe recht gelesen hat, finden wird, dass man mit Nutzen viel daran ändern könnte. Und nach diesem vom Bundesrat entworfenen und von der Kommission ergänzten Artikel können wir auch mit Zuversicht sagen, es werde der Verfassungsartikel im einzelnen so ausgeführt werden, wie es im Gesetze steht.

In der Kommission hat man, nachdem diese von mir geschilderte Fassung vor Augen lag, dann allerdings auch noch Anträge stellen wollen mit Bezug auf die Subvention, den Modus derselben, die Grösse der Subventionssumme, die Unterscheidung der Kantone in Kantone des Hügellandes und Kantone des Alpengebirges. Auch davon war die Rede, dass die Bestimmung in die Verfassung hineingenommen werden dürfte, es sollten die Kantone nicht weniger leisten, als sie bisher geleistet hatten. Aber damit wäre man zu den Einzelbestimmungen zurückgekommen, man hätte den langen Artikel nehmen müssen, den man nicht wollte, und so glaubte die Kommission, alle diese Anträge auf grössere Ausführlichkeit des Artikels ablehnen zu müssen, und ich glaube, es sind schliesslich alle damit zufrieden gewesen; wir hätten uns in dem Circulus viciosus bewegt, dass wir zu einem Gesetze zurückgekommen wären, welches die Form einer Verfassung gehabt hätte, während man gerade vom Gesetz abgegangen war, um einen kürzeren ausschliesslichen Verfassungsartikel zu erhalten. Sie sehen, dass diese Vorgänge in der Kommission einen Wegweiser für den Rat geben. Es ist gewiss gut, dass wir in dem Stadium, in welches wir eingetreten sind, alles verlassen, was uns zu einem Streit, ob Verfassung oder Gesetz, zurückführen könnte, indem wenn wir beides annehmen, zuerst den Verfassungsartikel und dann das Gesetz, dieses den Inhalt annehmen wird, den es im Entwurfe bereits hat.

Nach diesen sehr formellen Erörterungen, die aber vielleicht der Sache mehr dienen, als alle Empfehlungen der bisher für den Zweck der Unterstützung der Volksschule durch den Bund gemachten Bedingungen, weil sie zeigen, woher wir kommen und wohin wir gehen, möchte ich Sie mit einer allgemeinen Darlegung nicht länger aufhalten. Erlauben Sie mir nur ganz kurz zum Schlusse noch hinzuzufügen, worin ich glaube, dass die Vorteile der getroffenen Lösung bestehen. Es will mir scheinen, dass wir mit einem solchen Verfassungsartikel mit Erfolg vor das Volk treten können. Wir können ihm sagen, dass dadurch angestrebt werde die Verbesserung der Volksschule, dass die Subvention gestatte, auch für die Volksschule energisch einzutreten, dass, wenn wir für hohe und mittlere Schulen die Kräfte des Bundes nach allen Seiten hin angestrengt haben, diese höhern und mittlern Schulen doch thönerne Füsse haben, weil die Volksschule vernachlässigt wird, weil diese nicht die Mittel findet, in diesem und jenem Kanton sich in richtiger Weise zu entwickeln. Ich glaube, wir dürfen dem Volke sagen, dass durch eine Volksschulsubvention, da die Mittel der Kantone jetzt schon für die verschiedensten Aufgaben kaum mehr ausreichen, diese entlastet werden. Werden wir die Schule unterstützen, so kommt das nicht nur ihr zu gute, sondern verschafft überhaupt den Kantonen mehr Luft bei allem, was sie für die Wohlfahrt zu thun gesonnen sind; die verschiedensten Aufgaben auch ausserhalb des Schulwesens werden durch eine solche Subvention der Volksschule durch den Bund gewinnen. Und den einzelnen dürfen wir sagen, dass wir hier viele volkswirtschaftliche und humanitäre Punkte berücksichtigen, die bessere Ernährung und Bekleidung der armen Schulkinder, die bessere Unterstützung der schwachsinnigen Kinder, als es bis jetzt geschehen konnte. Die Hauptsache aber ist ohne Zweifel eine bessere Volksschule überhaupt, die wir schaffen, die Ausdehnung der Kenntnisse, die bessere Bildungspflege, welche unser Volk durch eine solche Schulgesetzgebung, wie wir uns anschicken, sie ins Leben zu rufen, erhalten würde. Wir sind wohl nicht die letzten in diesem Fache, aber auch nicht mehr die ersten. Es haben andere Völker sehr grosse Anstrengungen gemacht, um die Primarschule zu heben, hauptsächlich die Staaten des deutschen Reiches und Skandinavien. Es ist die Periode vorbei,

da Pestalozzi in Yverdon lehrte und der preussische Staat, um sein Schulwesen zu verbessern, Zöglinge und Schulmänner zu demselben schickte, um sie lehren zu lassen und in Schulsachen Rat zu erhalten. Damals stand unsere rasch aufblühende Volksschule an der Spitze, sie war das Vorbild für ganz Europa, für die civilisierte Welt. Ich glaube nicht, dass jemand das heute von ihr zu sagen wagt. Wenn aber der Bund ihr seinen Arm leiht, zweifle ich nicht, dass sie grosse Fortschritte machen und jenen Ruhm wieder erwerben wird.

Meine Herren! Ich empfehle Ihnen Eintreten auf den vom Bundesrat und der Kommission ausgearbeiteten Verfassungsartikel, weil ich glaube, wenn Sie denselben annehmen, werden Sie ein Zeugnis ablegen von dem Gemeinsinn der verschiedenen Parteien und gehorchen dem Gebote der nationalen Würde.

M. **Gobat**, rapporteur français de la commission: Dans le courant de l'année dernière, le conseil fédéral a présenté un projet d'arrêté concernant les subventions à accorder aux écoles primaires qui vint au conseil national dans la session de décembre. L'article premier était conçu en ces termes: «La Confédération accorde des subventions aux cantons, en vue de les soutenir dans la tâche qui leur incombe de pourvoir à ce que l'instruction primaire soit suffisante.»

Un débat très vif s'engagea d'emblée au conseil national sur la question de principe, celle de savoir si la Confédération a le droit d'allouer des subventions à l'école primaire sans revision préalable de la constitution fédérale. La majorité de la commission était d'avis que la revision n'est point nécessaire, ensuite de l'allocation de subventions fédérales, par de simples arrêtés spéciaux, à l'instruction professionnelle, aux écoles de commerce, etc. Il n'y avait pas lieu de faire de différence entre l'école primaire et les autres domaines dans lesquels la Confédération a pu intervenir sans contestation aucune. En fin de compte, il se trouva une très forte majorité, presque l'unanimité, pour reconnaître qu'une revision constitutionnelle devait avoir lieu aux fins d'autoriser la Confédération à légiférer dans la matière. Le conseil national décida donc de renvoyer le projet d'arrêté au conseil fédéral et de l'inviter à présenter aux chambres pour la session du mois de mars un projet de revision constitutionnelle. Le conseil fédéral ne put pas obtempérer à cette invitation dans les termes dans lesquels elle lui était adressée, parce qu'il survint un incident auquel on ne s'attendait pas. Le conseil des états prétendit se prononcer aussi sur la question de revision constitutionnelle, avant que le conseil fédéral pût présenter son projet. Nous devons faire ici une réserve, afin qu'il ne s'établisse pas pour l'avenir une jurisprudence sur un point qui peut paraître contestable.

Il y a lieu d'examiner en effet la question de savoir si le conseil des états pouvait, dans l'état des choses, se saisir de la matière en discussion et examiner lui aussi la question discutée au conseil national; si son adhésion à la décision de celui-ci était indispensable pour que le conseil fédéral pût donner suite à l'invitation que nous lui adressions.

Le vote du conseil national ne préjugeait en effet aucune question, pas plus celle de l'entrée en matière, que celle de la non-entrée en matière, sur le projet d'arrêté fédéral. Le conseil national aurait pu revenir encore sur sa décision et choisir entre le projet d'arrêté fédéral et celui de revision constitutionnelle. Si cette opinion est exacte, messieurs, il est évident que le conseil des états ne devait pas intervenir dans la question actuellement et qu'il aurait dû purement et simplement laisser cette affaire passer directement du conseil national au conseil fédéral, afin que celui-ci se décidât sur l'attitude à prendre. C'est une observation que nous faisons, elle n'a pas de portée pratique dans le cas particulier, puisque les deux conseils sont tombés d'accord. Son but est simplement de réserver pour les cas semblables qui pourraient se présenter à l'avenir l'autre manière de traiter l'affaire, c'est-à-dire le renvoi direct d'une seule chambre au conseil fédéral.

Cela dit, messieurs, j'entre immédiatement en matière sur l'objet soumis à nos délibérations. Nous nous trouvons en présence d'un projet de revision constitutionnelle qui se compose d'un seul article, ainsi conçu:

«Des subventions peuvent être allouées aux cantons en vue de leur aider à remplir leurs obligations dans le domaine de l'instruction primaire.

La loi règle l'exécution de cette disposition.

L'organisation, la direction et la surveillance de l'école primaire demeurent dans la compétence des cantons, sous réserve des dispositions de l'art. 27 de la constitution fédérale.»

Vous voyez que le conseil fédéral propose un arrêté très bref ayant uniquement pour but de fixer la compétence de la Confédération en matière de subventions pour l'école primaire. Evidemment, le conseil fédéral, sur l'invitation qui lui avait été adressée, ne pouvait pas proposer une revision constitutionnelle sensiblement différente de celle qui est sous vos yeux. Comme il n'a absolument aucune arrière-pensée visant une intervention effective dans le domaine de l'instruction primaire, ainsi qu'il l'a déclaré formellement dans son message, que d'ailleurs la Confédération ne prend nullement prétexte des subventions qu'elle alloue aux cantons dans des domaines analogues pour intervenir dans l'administration de ces domaines, il est évident que le conseil fédéral n'avait point à se préoccuper de consacrer les compétences des cantons. Quand la commission du conseil national se réunit, il se trouva que la minorité de la commission, celle qui lors du dernier débat, au mois de décembre dernier, avait énergiquement réclamé une revision constitutionnelle, ne fut pas d'accord avec le projet d'arrêté, qui d'après elle ne lui donnait pas toutes les garanties qu'elle désirait, car elle prétendait ne pas avoir demandé de revision constitutionnelle uniquement par principe et pour qu'il soit statué préalablement à toute loi que la Cnfédération a le droit de subventionner l'école primaire, mais que son but essentiel était de fixer dans le même article constitutionnel la souveraineté cantonale, en matière d'administration de l'école primaire. Dans ces con-

ditions la minorité de la commission n'acceptait pas le projet du conseil fédéral, elle voulait autre chose. Dès lors surgit la question de savoir de quelle manière la garantie réclamée au sujet de la souveraineté cantonale en matière d'instruction primaire pouvait être inscrite dans l'article constitutionnel. On en revint alors à l'examen de la question de savoir s'il n'y aurait pas lieu d'introduire la matière complète des subventions fédérales, non pas seulement le principe mais tous les détails ou tout au moins les détails les plus importants dans un article constitutionnel, de manière que tout fût bien prévu et que rien plus tard ne pût être modifié.

Vous savez qu'un projet de ce genre avait déjà été distribué au conseil national dans la session de décembre par M. Curti, président de la commission. La commission du conseil national le reprit; mais après l'avoir examiné de très près, il fut décidé qu'on ne pouvait guère résoudre le problème de cette façon-là, attendu qu'il n'est pas bon de surcharger la constitution de détails dont la revision serait très difficile, parce qu'alors il faudrait procéder à une revision constitutionnelle. D'autre part, il semble admis, d'après notre droit public, qu'on ne peut absolument pas régler une matière dans son tout au moyen d'une revision constitutionnelle; nous avons pour principe que la constitution ne doit règler que le principe général, que tous les détails doivent faire l'objet de la législation, d'une loi fédérale spéciale. On chercha alors une formule qui pût donner satisfaction aux aspirations de la minorité de la commission. Précédemment, lors de la discussion du projet d'arrêté fédéral, la commission du conseil national avait déjà admis un article auquel le conseil fédéral avait donné son adhésion pour garantir la souveraineté cantonale en matière d'instruction primaire. Cet article était l'art. 5 de ce projet, ainsi conçu:

«L'organisation et la direction des écoles primaires demeurent aux cantons.»

En fin de compte, la minorité déclarait qu'elle pourrait se contenter d'une déclaration pareille ajoutée à l'article constitutionnel proposé par le conseil fédéral. Il n'y avait pas d'objection à faire ni d'opposition possible au sujet de cette demande de la minorité, d'autant moins à mon avis que cette déclaration n'est pas nécessaire. En effet, il ne résulte absolument pas du fait que la Confédération allouera des subsides à l'école primaire qu'elle puisse par ce seul motif, intervenir dans l'administration cantonale de l'école primaire. Jusqu'ici la Confédération n'a point admis que les subsides alloués par elle aux cantons pour une destination quelconque entraînent un droit d'inspection dans ce domaine, ainsi quant aux allocations faites pour l'enseignement professionnel et commercial. La Confédération n'a jamais revendiqué d'autres compétences que l'exercice d'un contrôle de l'emploi de ses subventions. Or, même la minorité convient que, dans le domaine qui nous occupe, la Confédération doit contrôler exactement l'emploi des subventions. Ainsi, une adjonction n'était pas nécessaire, mais enfin la minorité y voyait une garantie, cette disposition la tranquillisait et la majorité n'a pas hésité à faire cette concession, si c'en est une, et à admettre cet amendement au rojet du conseil fédéral. Mais il surgissait alors une question assez importante, celle de savoir si, vu les termes très précis de l'amendement proposé par la minorité, l'on n'arriverait pas, par des déductions logiques, à considérer l'art. 27 de la constitution actuelle comme étant modifié dans ses termes et son esprit, par cet amendement apporté à l'art. 27bis. En effet, l'art. 27 de la constitution fédérale ne consacre d'aucune façon la souveraineté complète des cantons en matière d'école primaire, au contraire il limite la souveraineté cantonale, en ce qu'il pose quatre grands principes: la scolarité obligatoire, la gratuité de l'enseignement, la suffisance de l'enseignement et la surveillance laïque de l'école. Et l'art. 27 ajoute que si les cantons ne se conforment pas à ces quatre grands principes, la Confédération a le droit de prendre des mesures contre eux. Il en résulte évidemment que la souveraineté cantonale en matière d'enseignement populaire est restreinte pour autant que les cantons n'ont pas le droit d'organiser leurs écoles d'une manière contraire aux quatre grands principes que je viens d'énoncer. L'art. 27bis venant vingt-huit ans après l'art. 27, et dire en termes très exprès, que l'organisation, la surveillance et la direction de l'école primaire demeurent dans la compétence des cantons, on en aurait pu conclure du principe lex posterior derogat priori que l'art. 27bis a pour conséquence de modifier l'art. 27 et d'effacer cette possibilité de l'intervention de la Confédération. Pour ce motif la majorité de la commission demanda en échange de la concession faite à la minorité que les dispositions de l'art. 27 demeurassent réservées, ce qui fut accepté. Telle est la situation. De cette manière, avec d'une part la garantie accordée aux cantons au sujet de leur souveraineté, et d'autre part la réserve faite au sujet de l'art. 27 qui subsiste tel quel, les deux fractions de la commission parvinrent à s'entendre et c'est à l'unanimité qu'elle propose aujourd'hui le projet d'arrêté qui est sous vos yeux.

Remarquez encore une petite modification, une légère différence entre le texte du conseil fédéral et celui de la commission. Le conseil fédéral prévoit une loi fédérale et disait: «La loi déterminera les conditions auxquelles ces subventions seront accordées.» La minorité a proposé de dire: «La loi règle l'exécution de ces dispositions.» C'est une simple différence de forme et de rédaction sur laquelle il n'y a pas lieu de s'étendre davantage.

Ainsi, messieurs, nous sommes aujourd'hui d'accord les uns et les autres pour accepter au profit des cantons les subventions de la Confédération pour l'école primaire. Nous sommes d'accord les uns et les autres pour reconnaître que les subventions de la Confédération ne peuvent pas avoir pour conséquence d'accorder à celle-ci une compétence uelconque en matière d'organisation, de surveillance et de direction de l'école populaire. Nous sommes d'accord pour que cette réserve soit insérée dans la loi et dans la constitution, afin de tranquilliser ceux qui croient toujours que la majorité et peut-être aussi le conseil fédéral ont l'arrière-pensée de placer l'école primaire dans le domaine presque exclusif de la Confédération. D'autre part, le garanties insérées par l'art. 27bis démontrent que l'art. 27 ne subit aucune modification. Dans ces conditions, tout le monde devrait être content et

l'arrêté fédéral ne devrait plus subir aucune espèce d'attaque, ne donner lieu à aucune suspicion. On nous dira peut-être qu'il pourrait arriver ceci, cela. Il y a une réponse, c'est que l'art. 27bis ne pourra être mis à exécution avant que le conseil fédéral nous ait présenté un projet de loi fédérale réglant les détails de l'application. Et nous serons ici de nouveau en présence les uns des autres pour discuter ce projet. S'il ne convient pas, le referendum pourra être demandé, et le peuple prononcera en dernier ressort. Mais je ne comprendrais pas qu'on pût actuellement avoir encore des craintes, ou des appréhensions quelconques. Il est certain que le conseil fédéral proposera une loi qui sera sensiblement la copie de l'arrêté fédéral qu'il nous avait soumis en décembre dernier, arrêté fédéral qui avait été examiné par la commission et au sujet des différents articles duquel la commission s'était mise complètement d'accord. Car, messieurs, si au mois de décembre dernier, nous étions arrivés à discuter article par article le projet, vous auriez constaté qu'il n'y avait pas de divergence entre les deux fractions de la commission, que la seule divergence subsistait au sujet de la constitutionnalité du projet du conseil fédéral. Dans ces conditions, nous arriverons à nous entendre très facilement. Pour ma part, je ne doute pas un instant que cette loi fédérale ne soit acceptée par la grande majorité, sinon par l'unanimité des chambres, et que personne ne songera à demander le referendum. Car enfin nous devons toujours nous préocuper de l'intérêt de l'école. Il est certain que les cantons, depuis un certain nombre d'années, se trouvent en présence de besoins pressants qui pèsent sur leurs budgets d'une manière très sensible. Il en est qui ont déclaré qu'il ne leur était plus possible d'augmenter d'une manière sensible les dépenses de l'instruction publique, parce qu'ils ne pourraient pas le faire sans augmenter les impôts. Il faut que ces cantons qui supportent des charges très considérables du chef de l'enseignement populaire puissent compter sur l'appui efficace de la Confédération, ce qui certainement permettrait la réalisation de très grands progrès. D'autre part, il est des cantons qui ont augmenté considérablement ces dernières années leurs dépenses, parce qu'ils comptaient sur les subventions fédérales. Je ne puis assez le répéter: pourquoi la Confédération n'octroyerait-elle pas des subsides pour l'école primaire, alors qu'elle en fournit pour des enseignements spéciaux, également dans le domaine de l'enseignement?

Evidemment, pour l'avenir de la démocratie suisse, l'école primaire est plus importante et répond plus aux besoins de la population suisse que l'enseignement commercial, ménager et professionnel.

Nous devons donc tous saluer avec empressement, satisfaction et reconnaissance, l'appui que la Confédération nous allouera dans ce domaine.

Pour toutes ces considérations, messieurs, nous vous prions d'adhérer à l'arrêté qui vous est proposé, portant revision de la constitution fédérale par l'adjonction à celle-ci d'un art. 27bis dans la rédaction proposée par votre commission unanime.

Schobinger: Sie wollen mir gestatten, im Namen der konservativen Gruppe eine kurze Erklärung zu der vorwürfigen Frage abzugeben. Sie werden sich erinnern, dass unsere Gruppe bei Anlass der Debatte über die Vorlage des Bundesrates im Juni vorigen Jahres sich für die Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat ausgesprochen hatte, welche bezweckte, eine Verpflichtung des Bundes zur Unterstützung der Kantone im Primarschulwesen auszusprechen und anderseits die Autonomie der Kantone im Primarschulwesen ausdrücklich wahren wollte. Wir haben schliesslich dem unpräjudizierten Rückweisungsantrag des Herrn Scherrer-Füllemann beigepflichtet, allerdings mit der Erklärung, dass wir unsere Zustimmung davon abhängig machen müssen, ob diese Vorlage den Anforderungen, wie ich sie eben erwähnt habe, entsprechen werde. Wir sind nun bereit, der Vorlage, wie sie von der Kommission modifiziert worden ist, beizupflichten. Wir hätten es allerdings lieber gesehen, wenn die Bundessubvention in der Verfassungsergänzung in so ausführlicher Weise festgestellt und geregelt worden wäre, dass ein Ausführungsgesetz unnötig geworden wäre. Indessen können wir uns auch begnügen, dass diejenige Bestimmung in die Verfassung aufgenommen worden ist, auf die wir das grösste Gewicht legen, die Bestimmung der Wahrung der Autonomie der Kantone im Primarschulwesen. Wir hoffen, dass durch die Aufnahme dieser Bestimmung die Befürchtung, dass die Bundessubvention sich schliesslich zu einer Centralisation desSchulwesens herauswachse,als grundlos dahinfalle, und wir erwarten, dass diejenigen Bestimmungen, welche das Ausführungsgesetz zu regeln haben wird, so geregelt werden, wie der Entwurf der Kommission es ungefähr vorsieht.

Wir nehmen auch keinen Anstand, dem Vorbehalte des Art. 27 der Bundesverfassung beizupflichten. Wir hatten nie die Absicht, den Art. 27 der Bundesverfassung rückwärts revidieren zu wollen, wie das uns vorgehalten worden ist. Was wir bezweckten, war einzig und allein, zu verhindern, dass aus der Bundessubvention früher oder später das Recht des Bundes gefolgert werden möchte zu einer vermehrten Einmischung in das Volksschulwesen über den bestehenden Art. 27 hinaus.

Das sind in kurzen Worten die Erwägungen und Voraussetzungen, welche unsere Fraktion dazu führen, dem Antrage IhrerKommission beizupflichten.

M. de Meuron: Après ce que vous venez d'entendre, je pourrais me dispenser de prendre la parole; je me permettrai cependant d'expliquer brièvement les considérations qui ont permis à la minorité de la commission de se rallier au texte modifié du conseil fédéral accepté par votre commission qui est actuellement unanime à vous en recommander l'acceptation.

Le projet qui fut présenté tout d'abord par le conseil fédéral, sous forme d'un article 27bis complétant la constitution fédérale, ne put être accepté

dans son texte primitif par tous les membres de la commission, parce qu'il ne répondait pas d'une manière complète à tous les desiderata de la minorité. Lors du grand débat de principe de décembre dernier, la minorité de la commission demandait l'inscription dans la constitution d'un principe rendant régulières et légales les subventions de la Confédération à l'école primaire, mais il y avait autre chose; elle demandait en outre une adjonction destinée à être la contre-garantie, le contre-poids du nouveau pouvoir donné à la Confédération. Nous désirions qu'il fût inscrit dans la constitution fédérale qu'il était bien entendu que malgré la nouvelle attribution accordée au pouvoir central, il ne devait en résulter aucune restriction des droits des cantons en matière d'école primaire. Or, le projet du conseil fédéral ne répondait qu'à l'une de nos demandes, à l'un de nos réquisits, il ne faisait pas droit à l'autre. Le conseil fédéral se bornait à inscrire le principe du subventionnement par la Confédération de l'école primaire, mais il ne disait rien quant aux conséquences qui pourraient en résulter pour les cantons. En outre, dans le texte primitif de l'art. 27bis proposé par le conseil fédéral, il était dit au second alinéa: «La loi déterminera les conditions auxquelles ces subventions seront accordées.»

Il y avait là de quoi inquiéter de nouveau les partisans convaincus de l'autonomie cantonale en matière d'école primaire. Il semblait que l'on voulût se réserver d'introduire, sous forme de loi d'application, certaines conséquences, certaines conditions auxquelles l'intervention financière de la Confédération serait subordonnée. A cet égard, la minorité de la commission ne pouvait pas admettre le second alinéa. Sans doute, il n'était pas dans les intentions du conseil fédéral d'introduire de nouvelles conditions, le représentant de cette autorité nous a expliqué qu'il s'agissait de questions de procédure, qu'il était nécessaire de régler les formalités des subventions, mais le second alinéa parlait bel et bien de conditions et permettait de subordonner à certaines conditions les subventions de la Confédération. C'est pour cela que la minorité, à qui il répugnait de demander une double modification, réclamait la suppression de ce mot de condition et désirait que le second alinéa se bornât à dire que la loi règle l'exécution de la nouvelle disposition.

M. Curti a fait remarquer que, suivant la forme constitutionnelle habituelle, lorsqu'un principe est posé dans la constitution, l'application en est renvoyée à la loi.

Il s'agit donc d'une simple loi d'exécution de la nouvelle disposition constitutionnelle, loi que les chambres fédérales édicteront dans toute leur souveraineté dans les limites du nouvel article constitutionnel qui ne pourra par conséquent aller ni plus loin, ni moins loin que le nouvel art. 27bis. Ainsi l'une des objections de la minorité de la commission était levée.

Nous avons en second lieu insisté pour l'inscription dans l'article constitutionnel de certaines garanties à accorder aux cantons. Nous désirions qu'il fût spécifié dans la constitution fédérale que l'organisation, la direction et la surveillance de l'école primaire demeurent comme avant dans la compétence des cantons. Ce n'est pas l'intervention d'un principe nouveau que nous demandons, mais la consécration de ce qui existe déjà et de ce que proclame l'art. 27. Il s'agit de faire passer dans la constitution l'un des articles du projet de loi du conseil fédéral lui-même. On oublie trop, je me permets de faire cette observation à ceux qui critiquent le compromis d'aujourd'hui, on oublie trop, dis-je, que le nouvel alinéa qui proclame la compétence des cantons figure dans le projet d'arrêté du conseil fédéral lui-même, projet élaboré sur la base des délibérations du département fédéral et des chefs cantonaux de l'instruction publique. Dans le projet d'arrêté dont nous avons suspendu la discussion en décembre, figure un art. 5 qui dit: 1) «L'organisation et la direction des écoles primaires demeurent aux cantons.» La minorité de la commission se borne à ajouter le mot de «surveillance» en faisant passer dans la constitution un article de la loi d'application. Il n'y a donc rien d'extraordinaire dans la proposition de la minorité de la commission, elle n'innove rien. Sans doute la souveraineté des cantons en matière d'instruction primaire était proclamée dans l'art. 27 de la constitution; aussi la majorité de la commission nous disait-elle: Est-ce que cela ne vous suffit pas? A cela nous répondons que l'art. 27 étant modifié ou complété par la nouvelle disposition constitutionnelle, art. 27bis, il devenait nécessaire de confirmer à nouveau l'autonomie des cantons en matière d'instruction primaire et nous disions que si on ne le faisait pas au moyen d'une disposition expresse, on conclurait de l'adjonction du nouvel article un droit nouveau accordé à la Confédération.

La majorité de la commission s'est rangée à notre manière de voir, elle a admis le passage dans la constitution même de l'article qui figurait dans la loi d'exécution. Cependant elle a mis une condition à cette concession, elle nous a demandé de consentir à l'adjonction des mots: «Sous réserve des dispositions de l'art. 27 de la constitution fédérale.» Le même dialogue qui avait eu lieu entre les deux fractions de la commission à propos de la souveraineté cantonale s'engagea à nouveau. Nous faisions remarquer que cette adjonction n'était pas nécessaire, puisque l'art. 27 est là, qu'il existe, mais on nous répondait que l'on se trouvait en présence d'un article nouveau et que pour éviter que l'on puisse soutenir qu'il modifiait l'art. 27, l'adjonction était nécessaire pour consacrer de nouveau celui-ci.

Nous aurions eu mauvaise grâce à nous y refuser, puisqu'il n'était nullement dans les intentions des membres de la minorité de la commission de revenir sur l'art. 27. La réserve qui figure dans les nouvelles propositions de la commission signifie que l'art. 27 est maintenu dans toute sa rigueur, mais que les droits de la Confédération sont uniquement ceux qui y sont spécifiés et que la faculté de subvention qui lui est accordée ne lui confère aucune compétence nouvelle. Comme par le passé, la Confédération a tous les droits que lui attribue l'art. 27 actuel, mais l'art. 27bis ne lui en donne aucun autre que celui de subventionner.

J'ai constaté que dans la presse on avait un peu raillé et critiqué l'adjonction au point de vue de la forme. On nous a dit: Qu'est-ce que cela veut dire que de proclamer le droit de la Confédération à subventionner les cantons, sous réserve de l'art. 27?

Nous estimons que cette réserve n'est point ridicule et qu'elle se légitime fort bien. Dans une organisation politique comme la nôtre où les pouvoirs respectifs de la Confédération et des cantons se coudoient, se pénètrent, se complètent, il est nécessaire de les réserver tous deux à chaque instant et je pourrais citer dans le texte de la constitution actuelle des articles qui proclament la même réserve. Après avoir posé à l'art. 3 la souveraineté des cantons: «Les cantons sont souverains en tant que leur souveraineté n'est pas limitée par la constitution fédérale,» l'art. 5 dit: «La Confédération garantit aux cantons leur territoire, leur souveraineté dans les limites fixées par l'art. 3.» L'art. 5 renvoie donc à l'art. 3 de la même manière que nous voulons le faire aujourd'hui à propos de l'art. 27. De même l'art. 71 pose des réserves expresses: «Sous réserve des droits du peuple et des cantons (art. 89 et 121), l'autorité suprême de la Confédération est exercée par l'assemblée fédérale.» Nous disons donc qu'il ny' a rien d'extraordinaire à ce qu'un article de la constitution en réserve un précédent, lors même que celui-ci n'est pas aboli. La proposition modifiée et complétée par la commission renferme quatre principes, quatre déclarations:

1) Faculté accordée à la Confédération de subventionner financièrement les cantons pour les aider à remplir leurs devoirs en matière d'instruction primaire.

2) Nécessité d'appliquer le principe nouveau au moyen d'une loi soumise au peuple par voie de referendum.

3) Proposition renfermant la souveraineté des cantons en matière d'instruction primaire et proclamant une fois de plus que l'organisation, la direction et la surveillance de l'école primaire demeurent dans la compétence des cantons.

4) Affirmation du maintien de l'art. 27 de la constitution auquel la nouvelle disposition ne déroge pas et qui continue à déployer tous ses effets.

Ces quatre dispositions nous paraissent de nature à rallier tous les suffrages et à grouper la majorité sinon l'unanimité autour du nouveau texte.

Quant à nous, non seulement nous sommes disposés à accepter la rédaction actuelle en laissant de côté toutes les craintes que nous exprimions en décembre, mais nous recommanderons son adoption à nos amis et commettants, en les priant de l'accepter le jour de la votation populaire, si les chambres y donnent leur adhésion. C'est sans arrière-pensée que nous le ferons, parce que l'introduction de l'article nouveau dans la constitution fait droit à toutes les demandes qui ont été formulées par la minorité de la commission.

Après la discussion de décembre, on a reproché à la minorité d'alors de la commission son doctrinarisme, son fédéralisme exagéré, son formalisme. Ces reproches n'étaient pas très graves, mais nous en sommes bien vengés, nous ne demandions rien d'exagéré, puisque nous constatons qu'il a été fait droit à toutes nos observations, à toutes nos critiques et que l'article proposé nous donne pleine et entière satisfaction. Votre commission unanime et le conseil fédéral également donnent leur adhésion à la proposition qui vous est faite. Si les chambres fédérales et le peuple acceptent le nouvel article constitutionnel, les chambres pourront promulguer une loi d'application. Du reste, comme l'a fait remarquer M. Gobat, elle est déjà faite en quelque sorte; c'est le projet d'arrêté que nous discutions en décembre dernier.

Quant à la question qui a été soulevée ici par M. Curti qui, avec certains journaux, demandait si l'on ne ferait pas bien de soumettre en même temps au peuple l'article constitutionnel et la loi d'exécution à faire, je partage absolument l'opinion qui a été émise tout à l'heure, à savoir que cela est impossible. Il n'est pas respectueux de la souveraineté populaire de soumettre tous deux en même temps au peuple. Nous devons procéder de manière successive: d'abord demander au peuple s'il est d'accord de compléter la constitution et, s'il dit oui, lui soumettre en second lieu la loi d'application.

Du reste, pratiquement il serait impossible de procéder comme le demandait M. Curti, puisque pour une votation populaire sur une loi ou sur un complément de la constitution la procédure est bien différente. Nous devons tout d'abord nous occuper de la révision constitutionnelle, ensuite et alors seulement nous pourrons arrêter les termes de la loi d'exécution.

Lors de la première discussion qui a eu lieu dans cette assemblée, la minorité de la commission a fait ses réserves expresses au sujet des conséquences financières de la loi et nous déclarons tout net que nous ne les abandonnons pas. Lorsqu'il s'agira de fixer l'époque à laquelle la loi entrera en vigueur, nous verrons si la situation financière de la Confédération en permet l'application immédiate. Sur ce point, je le répète, nous faisons toutes nos réserves, mais cela n'empêche pas les chambres d'entrer en discussion sur le projet de loi sauf à en retarder la mise à exécution, si cela est nécessaire.

Pour le moment il n'est question que de la revision constitutionnelle et la commission unanime vous propose l'article actuel résultat d'une entente et d'un compromis. Nous espérons que les chambres fédérales le ratifieront à leur tour, ainsi que le peuple suisse, de même que l'ont fait les différentes fractions de la commission.

Sonderegger (Innerrhoden): Nur eine kurze Bemerkung. Es hat der deutsche Berichterstatter der Kommission in einem geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der vorliegenden Frage richtig bemerkt, dass der Sprechende, der von Anfang an der Angelegenheit ein grosses Interesse entgegenbrachte und sich nie gescheut hat, sich als aufrichtigen Freund der Subventionierung der Volksschule durch den Bund zu bekennen, bei der Erstbehandlung dieses Gegenstandes einen Antrag eingebracht habe, der weiter gieng, als die heutige Vorlage der Kommission. Ich habe damals mit Herrn Kollega Oberst Heller auf jenen Antrag verzichtet zu Gunsten des sog. Verbrüderungsbeschlusses, bezw. zu Gunsten des allerdings etwas farblosen, aber einmütigen Ordnungsantrages. Ich

hätte es nun allerdings lieber gesehen, wenn die heutige Vorlage etwas weiter gegangen wäre, als sie wirklich geht, namentlich mit Bezug auf einzelne Punkte, die ich lieber in der Verfassung niedergelegt, als auf das Gesetz verspart gesehen hätte. Der erste Punkt wäre nämlich gewesen, dass man ausdrücklich erklärt hätte, dass die Subvention nur für die staatlichen Schulen Verwendung finden dürfe, ferner, dass man auch die Fortbildungs- oder Ergänzungsschule, soweit sie obligatorisch ist und als Ausgestaltung der Primarschule angesehen werden kann, in die Unterstützungsberechtigung einbezogen hätte, und endlich, dass die bisherigen Leistungen der Kantone in Bezug auf das Primarschulwesen keine Schmälerung oder Minderung erfahren dürfen. Allein ich kann auch heute darauf verzichten, indem ich die Einmütigkeit des Antrages der Kommission nicht stören möchte und mich damit vertröste, dass diese Grundsätze in das Gesetz niedergelegt werden. Dabei darf ich aber wohl auch die Erwartung aussprechen, dass uns das Schauspiel erspart bleibe, dass sich das Volk und seine Führer in dieser wichtigen Angelegenheit in zwei Lager ausscheiden, wovon das eine Lager die Subvention des Bundes zurückweisen möchte, in welcher Form dieselbe auch geboten würde, während im andern Lager die Anhänger der Schulsubvention den Kantonen eine Bundeshülfe gleichsam aufzwängen möchten mit einer Hinterthüre, um durch dieselbe eine Einmischung des Bundes in die Rechte der Kantone in Bezug auf das Schulwesen herbeizuführen. Ich glaube, diese Furcht sollte unnötig sein. Es ist zur Genüge erklärt worden, dass die heutige Vorlage dem Gedanken und der Absicht entsprungen sei, am bisherigen Besitzstande und an den bisherigen Rechtsverhältnissen nichts zu ändern, sondern jedem Teile, dem Bund und den Kantonen das zu garantieren und zu gewähren, was ihnen gehört. Ich denke, als aufrichtige Freunde der Volksbildung und der Schule werden wir uns auf den Boden stellen, dass dieselbe ein neutrales Gebiet bleibe, unberührt von politischen Kämpfen, und dass wir nur die Absicht verfolgen, die Schule mit denjenigen Mitteln auszurüsten, deren sie bedarf, um ihrer hohen Aufgabe zu genügen.

Ich verzichte also auf die Stellung eines weiteren Antrages in der Hoffnung, dass die Einmütigkeit der Kommission im Interesse der Volksschule und der Volksbildung sich übertrage auf die eidg. Räte und nachher auf das gesamte Schweizervolk

M. le conseiller fédéral **Ruchet**: Je ne veux pas revenir sur le sujet qui nous occupe, je tiens seulement à dire que le conseil fédéral est heureux de l'accord intervenu, aboutissant à une rédaction qui a réuni l'unanimité des suffrages des membres de la commission. Elle est une preuve des sentiments de loyauté qui inspirent les diverses fractions de cette assemblée; le respect que se doivent les opinions divergentes n'est pas un vain mot. Nous nous réjouissons de constater l'esprit d'entente et de conciliation qui a présidé à la discussion de cette question si importante pour notre pays. C'est d'un bon augure.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt. Die Diskussion ist geschlossen. Es liegt nur der Antrag der Kommission vor, den Bundesbeschluss betr. die Unterstützung der Primarschule durch den Bund so zu fassen, wie er gedruckt in Ihren Händen ist. Dieser Antrag ist angenommen.

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Für die Redaktion verantwortlich *Rud. Schwarz.* — Druck und Expedition von *Jent & Co.* in *Bern.*

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Unterstützung der Primarschule. BB vom 4. Oktober 1902

Subvention à l'école primaire. AF du 4 octobre 1902

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1902
Band Volume Volume	II
Session Session Sessione	Sommersession Session d'été Sessione estiva
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	04
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	1901_007
Datum Date Data	06.06.1902 - 08:00
Seite Page Pagina	203-214
Ref. No	20 027 145

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Bern, Samstag 4. Oktober XII. Jahrg. 1902 XII^me année Berne, samedi 4 octobre

Amtliches stenographisches Bülletin der schweizerischen Bundesversammlung

BULLETIN STÉNOGRAPHIQUE OFFICIEL DE L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE

№ 32

Abonnemente: Jährlich Fr. 2. — für die Schweiz, Fr. 4. — für das übrige Postvereinsgebiet. In der Schweiz kann nur bei der Post abonniert werden.
Abonnements: Un an: Suisse fr. 2. —, Union postale fr. 4. —. On s'abonne en Suisse exclusivement aux offices postaux.

Nationalrat. — Conseil national.

Sitzung vom 4. Oktober 1902, vormittags 8 Uhr. — Séance du 4 octobre 1902, à 8 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Iten.*

Tagesordnung: — *Ordre du jour:*

Unterstützung der Primarschule. — Subvention à l'Ecole primaire.

Differenzen. — *Divergences.*

(Siehe die Verhandlungen des Ständerates Seite 442 hievor. — Voir les débats du Conseil des Etats page 442 ci-devant.)

M. Gobat, rapporteur de la commission: En date du 6 juin 1902 le conseil national a adopté un art. 27bis ainsi conçu:

«Des subventions peuvent être allouées aux cantons en vue de les aider à remplir leurs obligations dans le domaine de l'instruction primaire.

«La loi règle l'exécution de cette disposition.

«L'organisation, la direction et la surveillance de l'école primaire demeurent dans la compétence des cantons, sous réserve des dispositions de l'art. 27 de la constitution fédérale.»

Cette décision de notre conseil a été soumise au conseil des états et celui-ci, après une longue discussion, a voté à une très grande majorité sinon à l'unanimité, un article analogue à celui que nous avions adopté. Entre ces deux décisions subsiste cependant une petite divergence qui a trait au premier alinéa. Le conseil national considère l'allocation de subventions fédérales comme une simple faculté accordée à la Confédération tandis que le conseil des états y voit une obligation; il ne dépendrait pas des autorités fédérales que la subvention fût accordée ou non, elle devrait l'être.

Sur les autres alinéas il n'y a pas de différence, les conseils sont d'accord. Il s'agit donc simplement d'examiner si nous voulons persister dans notre décision ou plutôt nous ranger à la manière de voir du conseil des états qui est acceptée du reste par le conseil fédéral?

Notre commission unanime vous propose d'adhérer au conseil des états, c'est-à-dire d'adopter l'obligation au lieu de la simple faculté. Vous savez au reste que d'après nos usages parlementaires, en matière de finances la faculté de subventionner équivaut à une obligation. Il y a dans la constitution fédérale plusieurs articles dans lesquels il est dit que la Confédération pourra accorder des subventions à telle ou telle œuvre. Or, depuis le jour où la constitution est entrée en vigueur, on a considéré cette faculté comme obligation stricte et les cantons n'ont jamais refusé les subsides fédéraux.

Aujourd'hui l'institution qui nous occupe est d'une importance telle, les ressources dont on dispose jouent un rôle tellement considérable, le progrès en découle avec une telle évidence qu'il serait vraiment fâcheux que la subvention dépendît de la bonne volonté des autorités fédérales, conseil fédéral et chambres; il est donc tout indiqué et logique de dire que la Confédération aura l'obligation de subventionner les cantons, qu'elle devra leur verser de l'argent. Nous vous recommandons par conséquent d'adhérer au conseil des états.

Lorsque vous vous serez rangés à cette manière de voir, les chambres fédérales auront accompli une œuvre d'une haute importance qui clôturera dignement la 18^e législature. Cette œuvre enrichit la constitution fédérale d'un joyau qui brillera d'un vif éclat et ajoutera aux titres de noblesse de la Confédération celui de bienfaitrice de la jeunesse suisse. Le conseil fédéral, je n'en doute pas, se hâtera de présenter au parlement une loi d'exécution de cet article constitutionnel. Cette loi existe d'ailleurs déjà sous forme d'arrêté fédéral qui a même été discuté par notre commission.

On ne peut trop hâter l'instant où les cantons, avec l'aide de la Confédération, pourront réformer leurs institutions scolaires et remédier aux circonstances sociales fâcheuses qui entravent le progrès.

J'exprime l'espoir que le peuple suisse sanctionnera cette œuvre qui est une œuvre de concorde, d'apaisement, de fraternité et nous tous qui avons concouru à la conciliation en abandonnant quelque chose de notre point de vue, nous irons aux assemblées populaires recommander au peuple avec la plus entière bonne foi, sans arrière-pensées, ce que dans notre conscience nous croyons bon et utile pour la patrie.

Sonderegger (I.-Rh.): Obschon die Angelegenheit zu einem raschen Abschlusse eilt und eine weitere Diskussion als überflüssig erscheint, kann ich mir eine ganz kurze Bemerkung doch nicht versagen. Habe ich doch als Erziehungsdirektor eines allerdings nur kleinen Kantons von jeher mich offen und rückhaltlos als Freund und Anhänger der Subventionierung der Volksschule durch den Bund ausgesprochen, und habe ich auch von Anfang an die ganze Entwicklungsgeschichte dieser Frage mit Interesse verfolgt.

Meine Herren! Herr Bundesrat Deucher hat gestern sein Votum eingeleitet mit dem bekannten lateinischen Spruche: Viribus unitis, und mir scheint es, dass beim vorliegenden Gegenstande ein anderer Satz sich bewahrheiten wolle, dass nämlich in einem kleinern demokratischen Gemeinwesen bei grösseren Staatsaktionen es notwendig sei, dass man auf persönliche Wünsche verzichte und dieselben zu Gunsten der Allgemeinheit zum Opfer bringe, da nur selbstloser Patriotismus hier zu einem glücklichen Ziele führen könne.

Meine Herren! Meiner Ansicht nach tat unser Rat, dem die Priorität bei diesem Traktandum zugefallen war, gut daran, schon von Anfang an auf dem Wege des Kompromisses eine Einigung aller parlamentarischen Fraktionen anzustreben, und es geschah das auch. Es geschah einmal dadurch, dass man denjenigen, welche ängstlich für die Souveränität der Kantone und die Selbständigkeit derselben auf dem Gebiete des Schulwesens wachen, das Zugeständnis machte, dass man die Frage der Subventionierung der Volksschule grundlegend in die Verfassung aufnahm, dafür eine verfassungsrechtliche Grundlage schuf. Es geschah ferner dadurch, dass der Bundesrat seinen Standpunkt, die ganze Frage lediglich auf dem Wege der Gesetzgebung zu regeln, aufgab zu Gunsten des Kompromisses. Es geschah auch ferner dadurch, dass Herr Oberst Heller und der Sprechende ihren speziellen Antrag zu Gunsten des Kompromisses zurückgezogen haben, und endlich dadurch, dass sämtliche Fraktionen dem Antrag Scherrer-Füllemann zustimmten, mit welchem auch sämtliche Führer der Minderheitsparteien sich einverstanden erklärten und damit befriedigt waren.

Meine Herren! Ich muss noch einen kurzen Blick werfen auf den Gang der Verhandlungen im Ständerat und darf mit Vergnügen konstatieren, dass nach meiner Auffassung im Ständerat in dieser Frage ein guter Wille und ein guter Geist gewaltet hat. Ich mache namentlich aufmerksam auf das Abstimmungsverhältnis, indem bei 5 Enthaltungen die Vorlage mit 33 gegen keine Stimme angenommen wurde.

Was nun den Antrag betrifft, den der Ständerat beschlossen hat und dem unser Rat ohne weiteres beistimmen wird, wonach es heissen soll: «es werden» den Kantonen Beiträge ausgeliefert, statt «es können», so betrachte ich diese Schlussnahme als einen weitern Schritt zur Perfektionierung des Kompromisses. Ich erkenne in dieser Schlussnahme eine Konzession an diejenigen, welche schon seit längerer Zeit einen billigen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen angestrebt haben. Denn, meine Herren, es liegt doch wohl ein ganz bedeutender Unterschied darin, dass man sagt: es werden Beiträge ausgerichtet, statt: es können Beiträge ausgerichtet werden; es ist ein Unterschied, ob man die Ausbezahlung der Schulsubvention an die Kantone noch an gewisse Verumständungen, vielleicht an die Finanzlage des Bundes knüpft oder positiv den Kantonen die fortwährende periodische Beitragsleistung zusichert ohne Rücksichtnahme auf die Finanzlage des Bundes. Ich hoffe aber auch, dass diese neue Obliegenheit des Bundes erfüllt werden könne ohne Störung des Gleichgewichts in der Bundesverwaltung.

Nun noch ein Wort zum Minderheitsantrage der Kommission des Ständerates. Ich hätte auch den letzten Schritt noch tun und diesen Minderheitsantrag im Sinne des Kompromisses annehmen können, obschon sich ganz bedeutende Bedenken gegen diesen Minderheitsantrag naturgemäss haben anführen lassen, indem es wirklich nicht angängig ist, dass man Detailbestimmungen in der Verfassung festnagelt, und ich glaube selbst, dass vielleicht manches Mitglied der Minderheit im Ständerat es später bedauert hätte, wenn man für die zukünftigen Erfahrungen und veränderten Verhältnisse auf dem Gebiete der Schule sich zum voraus die Hände gebunden hätte. Meine Herren, an diesem Antrage der Minderheit hätte ich sowieso noch einige Aussetzungen zu machen gehabt. Einmal erinnern Sie sich, dass in der bundesrätlichen Vorlage ausgesprochen war, dass die Kantone auch auf die Subvention verzichten können, wenn sie wollen. Es scheint mir zwar selbstverständlich, dass die Kantone nicht gezwungen werden können, die Schulsubvention entgegenzunehmen. Allein man hat diese Bestimmung zu einer Zeit aufgestellt, wo die Fassung noch weniger präzis war, wo es hiess: es k ö n n e n Beiträge ausbezahlt werden. Die Weglassung dieser Bestimmung ist um so eher am Platze, als wir im Begriffe stehen, eine positivere Fassung aufzustellen mit den Worten: es w e r d e n Beiträge ausgerichtet. Dann scheint es mir ferner, dass es in einem Ausführungsgesetz nötig ist, den Zeitpunkt anzugeben, auf welchen die erstmalige Auszahlung der Schulsubvention an die Kantone erfolgen müsse. Und endlich ist es mir einigermassen aufgefallen, dass gerade von der Minderheit der ständerätlichen Kommission eine neue Litera aufgenommen wurde, wo es bezüglich der Verwendung heisst: «andere Zwecke, welche der Bundesrat den oben genannten nach Zeit und Umständen beifügen kann.» Es fiel mir wirklich auf, dass diese weitgehende Befugnis von der

ständerätlichen Kommissionsminderheit in die Hände des Bundesrates gelegt werden wollte.

Sehr wohltuend hat mich die Erklärung einzelner Vertreter des Minderheitsantrages berührt, dass sie ihre Stimmabgabe nicht von der Verwerfung oder Annahme ihres Minderheitsantrages abhängig machen. Nun dieEnthaltungen. Ich glaube nicht, und konstatiere dies hier gerne, dass man hinter diesen Enthaltungen irgendwelchen Oppositionsgeist wittern soll, sondern ich deute diese Enthaltungen als ein Zuwarten, bis man wisse, wie sich das Ausführungsgesetz voraussichtlich gestalten werde. Nun darf man aber, glaube ich, auch nach dieser Seite hin die volle Beruhigung hegen, dass das Schulwesen der Kantone, die Autonomie derselben im Schulwesen in keiner Weise beeinträchtigt werde, und eine solche Intention überhaupt gar nicht besteht. Es darf wohl darauf hingewiesen und die Erwartung ausgesprochen werden, dass gerade dasjenige, was die Kommissionsminderheit im Ständerate beantragt hat, die Grundlage für das künftige Ausführungsgesetz bilden werde.

Meine Herren, ich hoffe, dass auch in unserm Rate, wo diese Frage heute zum Abschluss kommt, ein gleicher Wille und ein gleich guter Geist walte, und darf wohl daran die Hoffnung und die Erwartung knüpfen, dass im Interesse der Volksschule, im Interesse der Erziehung der schweizerischen Jugend die heutige Vorlage, als ein Kompromiss, als ein Friedenswerk, die einmütige Billigung von Volk und Ständen finden werde.

Präsident: Wenn das Wort nicht weiter verlangt wird, so ist die Diskussion geschlossen. Ein Gegenantrag ist nicht gestellt. Sie haben somit dem Art. 27bis der Bundesverfassung in der Fassung des Ständerates Ihre Zustimmung erteilt.

An den Bundesrat.
(Au Conseil fédéral.)

Für die Redaktion verantwortlich *Rud. Schwarz.* — Druck und Expedition von *H. Jent* in *Bern.*

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Unterstützung der Primarschule. BB vom 4. Oktober 1902

Subvention à l'école primaire. AF du 4 octobre 1902

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1902
Band Volume Volume	III
Session Session Sessione	Herbstsession Session d'automne Sessione autunnale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	01
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	1901_007
Datum Date Data	04.10.1902 - 08:00
Seite Page Pagina	461-464
Ref. No	20 027 167

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Bern, Mittwoch 1. Oktober XII. Jahrg. 1902 XII^me année Berne, mercredi 1^er octobre

Amtliches stenographisches Bülletin der schweizerischen Bundesversammlung

BULLETIN STÉNOGRAPHIQUE OFFICIEL DE L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE

№ 31

Abonnemente: Jährlich Fr. 2. — für die Schweiz, Fr. 4. — für das übrige Postvereinsgebiet. In der Schweiz kann nur bei der Post abonniert werden.
Abonnements: Un an: Suisse fr. 2. —, Union postale fr. 4. —. On s'abonne en Suisse exclusivement aux offices postaux.

Unterstützung der Primarschule.

Beschluss des Nationalrates.
6. Juni 1902.

Bundesbeschluss

betreffend

die Unterstützung der Primarschule durch den Bund.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 17. Mai 1902,

beschliesst:

I. Die Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 erhält folgenden Zusatzartikel:

Art. 27bis. Den Kantonen können zur Unterstützung in der Erfüllung der ihnen auf dem Gebiete des Primarunterrichtes obliegenden Pflichten Beiträge verabfolgt werden.

Das Nähere bestimmt das Gesetz.

Die Organisation, Leitung und Beaufsichtigung des Primarschulwesens bleibt Sache der Kantone, vorbehalten die Bestimmungen des Art. 27.

II. Diese Verfassungserweiterung ist der Abstimmung des Volkes und der Stände zu unterbreiten.

III. Der Bundesrat ist mit der Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt.

Antrag
der Mehrheit der Kommission des Ständerates.
(HH. Lachenal, Munzinger, Ritschard, Simen.)
29. Juli 1902.

Bundesbeschluss

betreffend

die Unterstützung der öffentlichen Primarschule durch den Bund.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsicht der Botschaften des Bundesrates vom 18. Juni 1901 und 17. Mai 1902,

beschliesst:

I. Die Bundesverfassung . . .

Art. 27bis. Den Kantonen werden zur Unterstützung in der Erfüllung der ihnen auf dem Gebiete des Primarunterrichtes obliegenden Pflichten Beiträge geleistet.

II. Zustimmung.

III. Zustimmung.

Subvention à l'Ecole primaire.

Décision du conseil national.
6 juin 1902.

Arrêté fédéral

concernant

la subvention de l'école primaire publique par la Confédération.

L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE
DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE,

vu le message du conseil fédéral du 17 mai 1902,

arrête:

I. L'adjonction suivante est introduite dans la constitution fédérale du 29 mai 1874:

Art. 27bis. Des subventions peuvent être allouées aux cantons en vue de les aider à remplir leurs obligations dans le domaine de l'instruction primaire.

La loi règle l'exécution de cette disposition.

L'organisation, la direction et la surveillance de l'école primaire demeurent dans la compétence des cantons, sous réserve des dispositions de l'art. 27 de la constitution fédérale.

II. Le présent arrêté sera soumis à la votation du peuple et des états.

III. Le conseil fédéral est chargé de prendre à cet effet les mesures nécessaires.

Proposition
de la majorité de la commission du conseil des états.
(M. Lachenal, Munzinger, Ritschard, Simen.)
29 juillet 1902.

Arrêté fédéral

concernant

la subvention de l'école primaire publique par la Confédération.

L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE
DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE,

vu les messages du conseil fédéral des 18 juin 1901 et 17 mai 1902,

arrête:

I. L'adjonction. . .

Art. 27bis. Des subventions sont allouées aux cantons en vue de les aider à remplir leurs obligations dans le domaine de l'instruction primaire.

II. Adhésion.

III. Adhésion.

Antrag
der Minderheit der Kommission des Ständerates.
(HH. Peterelli, Python, Wirz.)
29. Juli 1902.

Bundesbeschluss

betreffend

die Unterstützung der öffentlichen Primarschule durch den Bund.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsicht der Botschaften des Bundesrates vom 18. Juni 1901 und 17. Mai 1902,

beschliesst:

Art. 1. Die Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 wird in nachfolgender Weise ergänzt:

Proposition
de la minorité de la commission du conseil des états.
(MM. Peterelli, Python, Wirz.)
29 juillet 1902.

Arrêté fédéral

concernant

la subvention de l'école primaire publique par la Confédération.

L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE
DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE,

vu les messages du conseil fédéral des 18 juin 1901 et 17 mai 1902,

arrête:

Art. 1er. L'adjonction suivante est introduite sdan la constitution fédérale du 29 mai 1874:

Art. 27bis. Der Bund leistet den Kantonen Beiträge zur Förderung des Primar-Unterrichtes.

Die Organisation, Leitung und Beaufsichtigung des Primarschulwesens bleibt den Kantonen überlassen, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Art. 27.

Die Bundesbeiträge dürfen nur für die öffentlichen staatlichen Primarschulen (mit Einschluss der Ergänzungs- und obligatorischen Fortbildungsschulen) verwendet werden und zwar für die nachfolgenden Zwecke, deren Auswahl den Kantonen anheimgestellt ist:

a. Bau neuer und wesentlicher Umbau bestehender Schulhäuser;
b. Errichtung von Turnhallen, Anlage von Turnplätzen und Anschaffung von Turngeräten;
c. Anschaffung von Schulmobiliar und allgemeinen Lehrmitteln;
d. Errichtung neuer Lehrstellen;
e. Aufbesserung von Lehrerbesoldungen, Ansetzung und Erhöhung von Ruhegehalten;
f. Ausbildung von Lehrkräften;
g. Abgabe von Schulmaterialien und obligatorischen Schulbüchern an die Schulkinder (unentgeltlich oder zu ermässigtem Preis);
h. Nachhülfe bei Ernährung und Kleidung armer Schulkinder;
i. Erziehung schwachsinniger und physisch, psychisch oder moralisch anormaler Kinder in den Jahren der Schulpflicht;
k. Förderung der Schulhygiene;
l. andere Zwecke, welche der Bundesrat den oben genannten nach Zeit und Umständen beifügen kann.

Durch den Bundesbeitrag erhält ein Kanton nicht die Berechtigung, seine ordentlichen Leistungen (Staats- und Gemeinde-Ausgaben) für die Primarschule zu vermindern. Die Leistungen dürfen niemals geringer sein als die durchschnittliche Gesamtsumme, welche der Kanton in den letzten fünf Jahren vor Annahme der Art. 27bis und 27ter aufgewendet hat.

Art. 27ter. Als Grundlage zur Festsetzung der jährlichen Bundesbeiträge für die Kantone wird die Wohnbevölkerng derselben nach der letzten eidg. Volkszählung angenommen. Der minimale Einheitssatz beträgt sechzig Rappen auf den Kopf der Wohnbevölkerung; jedoch wird den Kantonen Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Appenzell I.-Rh., Graubünden, Tessin und Wallis in Berücksichtigung der besondern Schwierigkeiten ihrer Lage eine Zulage von 20 Rappen auf den Kopf der Wohnbevölkerung gewährt.

Der Bund wacht darüber, dass die Bundesbeiträge gemäss den Verfassungsbestimmungen verwendet werden.

Die Beiträge werden ausgezahlt auf Grundlage der von den Kantonen eingereichten und durch den Bundesrat genehmigten Rechnungs-Ausweise.

Art. 27bis. La Confédération alloue des subsides aux cantons pour les aider à développer l'instruction primaire.

L'organisation, la direction et la surveillance de l'enseignement primaire demeurent aux cantons, sous réserve des dispositions de l'art. 27.

Les subsides de la Confédération seront exclusivement réservés aux écoles primaires publiques de l'état, y compris les écoles complémentaires et les écoles obligatoires d'adultes. Ils sont affectés aux dépenses suivantes, entre lesquelles les cantons peuvent choisir:

a. Construction et réparation majeure des maisons d'école;
b. Installation des locaux et des préaux de gymnastique, acquisition d'engins.
c. Acquisition du mobilier et du matériel scolaire des classes;
d. Création de nouvelles places d'instituteurs;
e. Augmentation du traitement des instituteurs, augmentation ou création de pensions de retraite;
f. Formation et perfectionnement du corps enseignant;
g. Distribution gratuite ou vente à prix réduit aux élèves du matériel d'école et des livres scolaires obligatoires;
h. Secours en aliments et en vêtements aux élèves pauvres;
i. Education des enfants faibles d'esprit ou physiquement, intellectuellement, moralement anormaux pendant la période scolaire obligatoire;
k. Service d'hygiène scolaire;
l. Autres dépenses que le conseil fédéral peut ajouter à l'énumération ci-dessus, suivant les circonstances et les besoins.

L'octroi du subside fédéral ne saurait autoriser un canton à restreindre ses dépenses ordinaires (de l'état et des communes) pour l'instruction primaire, c'est-à-dire à y affecter une somme inférieure à la moyenne des sommes totales versées pendant les cinq années antérieures à l'acceptation des art. 27bis et 27ter.

Art. 27ter. Les subsides annuels sont fixés par chaque canton d'après le chiffre de la population de résidence, tel qu'il résulte du dernier recensement fédéral. Ils sont établis à raison de 60 cent. par tête au minimum. Toutefois, les cantons d'Uri, Schwyz, Obwald, Nidwald, Appenzell (Rh.-int.), Grisons, Tessin et Valais, vu leur situation spéciale, reçoivent un subside supplémentaire de 20 cent. par habitant.

La Confédération veille à ce que les subventions soient employées conformément aux prescriptions constitutionnelles.

Les subsides sont payés au vu d'un compte présenté par le canton et approuvé par le conseil fédéral.

Ständerat. — Conseil des états.

Sitzung vom 1. Oktober 1902, vormittags 9 Uhr. — Séance du 1er octobre 1902, à 9 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *von Arx.*

Tagesordnung: — *Ordre du jour:*

Unterstützung der Primarschule. — Subvention à l'Ecole primaire.

(Siehe die Verhandlungen des Nationalrates Seite 203 hievor. — Voir les débats du Conseil national page 203 ci-devant).

Eintretensfrage. — *Entrée en matière.*

Munzinger, Berichterstatter der Kommissionsmehrheit: Nachdem die beiden eidg. Räte infolge Einreichung einer bezüglichen Motion in der Junisession 1900 beschlossen hatten, den hohen Bundesrat einzuladen, die Vorlage der gesetzlichen Unterstützung der Primarschule durch den Bund den eidg. Räten zur Beratung zu unterbreiten, folgte mit Botschaft vom 18. Juni 1901 der bekannte Gesetzesentwurf betr. die Unterstützung der öffentlichen Primarschulen durch den Bund, welcher auf dem grundsätzlichen Boden stand, dass zur Durchführung dieses Gedankens eine Verfassungsrevision nicht nötig sei, sondern dass dieselbe auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen könne. Im Dezember 1901 kam die Angelegenheit im Nationalrate zur Behandlung, und es entwickelte sich in Beziehung auf die Eintretensfrage eine lange und teilweise ziemlich scharfe Debatte, indem auf der einen Seite behauptet wurde, es müsse eine Verfassungsrevision stattfinden, während von der andern Seite dies in Abrede gestellt wurde. Der Schluss der Debatte war, dass der einstimmige Beschluss gefasst wurde, es sei die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, einen formulierten Antrag einzubringen betreffend die Revision des Art. 27 der Bundesverfassung. Diesem Beschlusse des Nationalrates stimmte am 19. April 1902 der Ständerat zu, und die Folge dieses Beschlusses beider Räte war dann die Botschaft des Bundesrates vom 17. Mai 1902 nebst dem bezüglichen Bundesbeschlussentwurf zur Revision der Bundesverfassung, d. h. die Vorlage, wie sie Ihnen heute zur Beratung vorliegt. Der Nationalrat hat der Vorlage des Bundesrates grundsätzlich zugestimmt, hat aber an dem Texte, wie er von Seite des Bundesrates vorgeschlagen worden war, einzelne Abänderungen vorgenommen. Das ist kurz der gegenwärtige Stand der Sache.

Die Entwicklungsgeschichte dieser Idee der Förderung des Primarschulwesens in der Schweiz durch den Bund ist eine eigentümliche, man könnte sagen, eher eine bedauerliche denn eine erfreuliche Geschichte. Ich entnehme derselben zwei Hauptgedanken, einmal, dass die Idee der Subvention der Primarschule durch den Bund nun schon über 40 Jahre alt ist, und zweitens, dass alle Versuche, die gemacht worden sind, die Gesetzgebungsgewalt des Bundes auf das Gebiet des Primarschulwesens auszudehnen, bis anhin erfolglos geblieben sind. Der Gedanke der Subvention des Primarunterrichtes ist aus den Kreisen des schweiz. Lehrervereins hervorgegangen und zwar bereits im Jahre 1861. Es sind also über 40 Jahre, dass die Idee lanciert worden ist, ohne dass sie bis zur Stunde in irgend einer Weise verwirklicht worden wäre. Man muss sagen, dass, wenn die Idee überhaupt eine gute ist, was teilweise schon daraus hervorgeht, dass sie sich bis jetzt erhalten hat, nun endlich der Zeitpunkt gekommen wäre, sie zur Durchführung zu bringen, und es ist begreiflich, dass die Anhänger der Subventionierung der Primarschule durch den Bund energisch darauf dringen, die Sache endlich zu bereinigen.

Der erste Versuch, die Gesetzgebungsgewalt des Bundes auf das Primarschulwesen auszudehnen, ist im Verfassungsentwurf von 1872 gemacht worden. Es ist damals bei der stark zentralistischen Strömung der Gedanke in jenen Entwurf aufgenommen worden, dass der Bund befugt sein solle, gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, um die Minimalanforderungen an den Primarunterricht festzulegen. Es machte sich schon damals eine sehr energische Opposition gegen diese Idee geltend, und diese Opposition stützte sich, wie aus den bezüglichen Verhandlungen der Räte hervorgeht, namentlich darauf, dass, wenn diese Minimalanforderungen aufgenommen würden, dies gleichbedeutend wäre mit der vollständigen Zentralisation des Unterrichtswesens in der Schweiz. Damals war auch von Seite des Bundesrates Schenk im Nationalrate der Antrag gestellt worden, es solle den Kantonen von Seite des Bundes eine Subvention zugesichert werden, um sie in die Lage zu versetzen, den minimalen Anforderungen, die durch den Bund aufgestellt werden sollen, auch Genüge zu leisten, indem vorauszusehen sei, dass die Kantone nicht finanzkräftig genug seien, um das auszuführen, was von seiten des Bundes befohlen werden sollte. Dieser Antrag von Herrn Bundesrat Schenk ist mit grosser Mehrheit verworfen worden, obschon er eine Konsequenz des damals aufgenommenen Grundsatzes war, wonach der Bund gesetzgeberisch feststellen konnte, welche Minimalforderungen er stellen wolle.

Der Antrag ist verworfen worden namentlich in Berücksichtigung der finanziellen Konsequenzen, indem Herrn Schenk entgegengehalten wurde, dass man nicht wüsste, wo die Millionen hergenommen werden sollen, um seinem Antrag Genüge zu leisten.

Das Schicksal des Verfassungsentwurfes von 1872 ist bekannt. Derselbe ist verworfen worden, und es folgte darauf die Verfassung von 1874. Diese Verfassung von 1874 nahm einen gleichen Grundsatz, wie er vorher im Entwurfe von 1872 vorgesehen war, nicht mehr auf, sondern es wurde in diese gegenärtig noch in Kraft bestehende Verfassung der Art. 27 aufgenommen, wie er heute noch besteht und der gegenüber der Forderung von 1872 eine ganz bedeutende Abschwächung ist. Er enthält jene fünf Forderungen, dass die Kantone für genügenden Primarunterricht sorgen, dass der Primarunterricht unter staatlicher Leitung stehen, dass er obligatorisch und unentgeltlich sein solle, und dass in Beziehung auf die Schuljugend die Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht beeinträchtigt werden dürfe. Abgesehen davon, dass der Wortlaut des bestehenden Art. 27 B. V. gegenüber demjenigen des Verfassungsentwurfes von 1872 eine bedeutende Abschwächung enthält, hat dieser Art. 27 auch den andern Nachteil, dass zwei Begriffe in denselben aufgenommen wurden, die durchaus nicht klar sind. Der eine Begriff ist der «genügende Primarunterricht» und der andere «die nötigen Verfügungen des Bundes». Was genügender Primarunterricht ist, weiss man zur Stunde noch nicht, und es ist auch keine Verfügung des Bundesrates erlassen worden, welche diesen Begriff feststellte. Ferner sind noch bedeutende Zweifel über den Begriff der nötigen Verfügungen vorhanden. Was sind nötige Verfügungen? Sind es Verfügungen, die auf Grund eines einzelnen Falles erlassen werden, oder sind es gesetzgeberische Erlasse? Darüber herrscht zur Stunde noch Streit.

Die Entwicklung dieses Art. 27 der 74er Verfassung, wie sie seither sich gemacht hat, ist folgende. Der unentgeltliche Primarunterricht und der obligatorische Primarunterricht sind durchgeführt und zwar durch die eigene Initiative der Kantone, ohne dass irgendwelche Zwangsmassregeln nach dieser Richtung den Kantonen gegenüber nötig waren. Die Anforderung der Glaubens- und Gewissensfreiheit hat, wenigstens bis zu einem gewissen Punkte, durch die Rekurspraxis ihre Regelung gefunden. Aber bezüglich des genügenden Primarunterrichtes ist bis jetzt nichts geschehen. Es hat der Bund die Kompetenz, die nötigen Verfügungen erlassen zu können, um ihn durchzuführen, nicht ausgenützt, er hat auch den Begriff nicht irgendwie festgelegt. Alle Versuche, die seit 1874 gemacht worden sind nach der Richtung hin, in der einen und andern Form die Gesetzgebungsgewalt des Bundes auf das Gebiet des Primarschulwesens auszudehnen und aus dem Begriffe der «nötigen Verfügungen» den der Gesetzgebung ableiten zu wollen, sind gescheitert und erfolglos geblieben. Sie sind je und je scharf bekämpft worden und, wie Sie sich aus der Abstimmung am berühmten Konraditag 1882 erinnern, mit Erfolg. Man muss sagen, dass wie bis anhin, so auch heute noch diese Idee der Ausdehnung der Gesetzgebungsgewalt des Bundes auf das Gebiet des Primarschulunterrichts nicht populär geworden ist, und ich habe teilweise mit einigem Erstaunen Männer darüber sprechen hören, die sonst eher der zentralistischen Richtung angehören, die aber von der Ausdehnung der Bundesgesetzgebung auf das Primarschulwesen absolut nichts wissen wollen. Warum das so ist, das zu erörtern, ist heute nicht unsere Sache, aber es liesse sich der Grund bei einigem Nachdenken vielleicht ohne Schwierigkeit herausfinden. Man muss sich also sagen, dass wie bis anhin so auch jetzt noch ein Versuch nach dieser Richtung hin erfolglos sein müsste. Diese Wahrnehmung hat nach meiner Ansicht schliesslich dazu geführt, dass man diesen Boden wieder verliess und sich einzig auf den Boden begeben hat, es solle der Bund die Kantone zur Erfüllung ihrer Pflicht in Beziehung auf das Primarschulwesen subventionieren, ohne dass der Bund gleichzeitig irgendwelche Bestimmungen festsetze, welche als Eingriff in das Gebiet der Primarschulgesetzgebung der Kantone betrachtet werden könnten. Aus dieser Erwägung ist zweifelsohne die Motion des Herrn Nationalrat Curti erwachsen, die er im Juni 1892 stellte, und diese wurde jedenfalls veranlasst durch einen neuen Vorstoss nach dieser Richtung hin, welcher damals von seiten der schweiz. Lehrerschaft ausgegangen war. Die Motion wurde vom Nationalrate mit einigen Aenderungen in der Redaktion gutgeheissen, und aus dieser Motion ist nach langem Hin- und Herschieben schliesslich die Vorlage hervorgegangen, welche uns heute zur Beratung vorliegt, zunächst die Vorlage mit Botschaft des Bundesrates vom 18. Juni 1901 und nun diejenige vom 17. Mai 1902.

Ich begnüge mich, dies angedeutet und festgestellt zu haben aus der Entwicklungsgeschichte der Idee der Förderung des Primarschulwesens durch den Bund, und ich übergehe alle weitern Einzelheiten.

Es wird sich die Frage sachlicher Art aufdrängen, ob durch eine Subvention des Primarschulwesens durch den Bund eine Förderung des Primarunterrichtes überhaupt bewirkt werde, ob das Mittel, das man in Vorschlag bringt, das richtige sei, um das angestrebte Ziel zu erreichen oder teilweise zu erreichen. Ich meinerseits antworte unbedingt mit ja. Es muss wohl anerkannt werden, dass die Kantone in ihrer Gesamtheit, man kann ja wohl sagen mehr oder weniger, aber doch in ihrer Gesamtheit bestrebt sind, ihr Schulwesen nach Möglichkeit zu heben. Auf diese Tatsache stützte sich die Eingabe der kantonalen Regierungen an den Bundesrat und die Bundesversammlung vom 15. April 1898. Sie haben in ihrer Eingabe zum Beweise für diese ihre Behauptung alle Schulbestrebungen und alles, was auf diesem Gebiet erreicht worden ist, aufgezählt, detailliert Kanton für Kanton und daraus den Schluss gezogen, nach meiner Ansicht mit Recht, dass die Kantone bestrebt gewesen seien, das Mögliche zu erreichen. Sie sagen aber im Anschlusse, wenn das nicht im wünschenswerten Masse gelungen sei und die Kantone ihre Pläne nicht durchführen können, so habe das in den ungenügenden Finanzmitteln der Kantone den Grund. Und wer, meine Herren, das Glück hat, in einem Kanton mit dem Erziehungswesen sich intensiv beschäftigen zu müssen, der wird bestätigen, welche Schwierigkeiten es hat, die finanziellen Mittel aufzubringen, um unbestrittene Vorteile und Fortschritte auf dem Gebiete des Schulwesens zu erzielen, und wie gross

diese Schwierigkeiten namentlich dann sind, wenn hinter einem Begehren um finanzielle Mittel allfällig die Vergrösserung des Steuersatzes steht. Es sind Unternehmungen nach dieser Richtung aus den angeführten Rücksichten und Motiven schon mehr als einmal kläglich gescheitert; im ganzen aber kann nicht bestritten werden, dass die Kantone bestrebt sind, ich wiederhole das, ihr Schulwesen nach Möglichkeit zu heben.

Es wird sich nun die zweite Frage anreihen, ob es in der Tat notwendig ist, eine Verbesserung auf dem Schulgebiete in unserm Lande durchzusetzen, und auch hierauf wird man nur eine bejahende Antwort geben können. Es genügt ja, einfach auf die verschiedenen subventionsbedürftigen Punkte hinzuweisen, welche von allen, ohne Unterschied der Parteien, aufgestellt werden, welche auch von seiten der Minderheit der Kommission in ihrem Projekt, das sie Ihnen heute unterbreitet, aufgezählt, und nicht nur aufgezählt worden sind nach der ursprünglichen Vorlage des Bundesrates, der Konferenz der Erziehungsdirektoren u. s. w., sondern noch bedeutend erweitert sind. Ich mache nur darauf aufmerksam, dass die Minderheit der Kommission nicht nur die Unterstützung der schwachsinnigen Kinder in Aussicht nimmt, sondern auch die Erziehung physisch, psychisch oder moralisch anormaler Kinder in den Jahren der Schulpflicht; es ist also der Kreis ganz bedeutend erweitert, den man als zu unterstützen notwendig erachtet. Alle diese Ziele, die da unterstützt werden sollen, sind ein ganz ungeheures Feld, das der Bebauung bedarf nach Ansicht aller, die sich damit beschäftigen, der Mehrheit und der Minderheit. Es wird auch sofort in die Augen springen, dass dieses ungeheure Feld auch ganz ausserordentliche finanzielle Mittel nötig macht. Ich greife zwei Punkte heraus, einmal den Bau neuer Schulhäuser und zweitens die Errichtung neuer Lehrstellen. Man weiss, dass wir in unserm Lande, und nicht nur in einigen weniger gut situierten Kantonen, sondern durch die ganze Schweiz hinweg, noch sehr viele Schulhäuser besitzen, die den elementarsten Ansprüchen der Gesundheitslehre geradezu Hohn sprechen. Man weiss, dass wir in vielen Gegenden des Landes ungenügend zahlreiche Schulhäuser besitzen und ungenügend zahlreiche Lehrstellen, was zur Folge hat, dass eine ganz grosse Anzahl Schulkinder einen ausserordentlich langen Schulweg zurückzulegen hat, um zu ihrer Schule zu gelangen. Man weiss ferner, dass man oft auch in besser situierten Kantonen an einer Schulübervölkerung leidet, die erschreckend ist. Wir haben Kantone, die in einer Schule ein Maximum von 80 und 100 Kindern gestatten und zwar auch dann, wenn in dieser Schule sämtliche durch das Gesetz vorgeschriebenen Lehrklassen, also bei einem Lehrer 80—100 Kinder und 7—8 Klassen, vereinigt sind. Da ist es auf den ersten Blick klar, dass bei einer derartigen Uebervölkerung bei 7 und 8 Klassen in der gleichen Schule von der Erreichung eines genügenden Primarunterrichtes wohl kaum wird gesprochen werden können.

Nun, meine Herren, wie soll diesen Uebelständen abgeholfen werden? Da helfen schöne Redensarten nicht, sondern nur finanzielle Mittel, um Schulhäuser zu bauen und mehr Lehrkräfte anzustellen. Ein anderes Mittel gibt es nicht.

Ich will von andern Punkten, die in Frage stehen, nicht sprechen. Man weiss, dass auch die Besoldungen der Lehrer meistens nicht genügend, vielfach sogar erbärmlich sind, indem der Lehrer mit einigen hundert Franken abgespeist wird, mit denen er nicht im stande ist, mit einer Familie zu leben. Es ist ganz sonderbar, dass man bei uns, wenn es sich um Einrichtung finanzieller Etablissemente handelt, gewöhnlich überzeugt ist, dass man den Leiter reichlich bezahlen müsse, um die besten Leute zu erhalten; aber im gleichen Moment hat man daneben die Ansicht, dass für den Leiter der Schule, wo man seine eigenen Kinder hinschickt und sie dem betreffenden Lehrer anvertraut, eine erbärmliche Besoldung für diesen mindern Zweck vollständig genüge. Das ist eine Tatsache, die einen oft ganz sonderbar anmutet. Von der Erziehung der schwachsinnigen Kinder und was von seiten der Minderheit der Kommission weiter beantragt wird, will ich nicht mehr sprechen.

Es bestehen also Uebelstände, und es ist jedenfalls dringend notwendig, dass nach verschiedenen Richtungen Verbesserungen durchgeführt werden müssen in unserm Lande, wenn wir im Ernst und in Wahrheit von genügendem Primarunterricht sprechen wollen, und ich glaube, es wäre sehr ungeschickt, wenn man sich mit Selbstüberhebung über diese Frage hinwegsetzen wollte, wenn wir sagen wollten: wir haben es herrlich weit gebracht in der Schweiz und sind in Beziehung auf das Volksschulwesen die ersten. Ich glaube, wir würden arge Enttäuschungen erleben, wenn wir ernsthaft einen Vergleich mit den deutschen Nachbarstaaten anstellen wollten. Ich befürchte, wir könnten schon durch diese Vergleichung von einem allfälligen Ueberhebungsdusel gründlich geheilt werden und zu der Ueberzeugung gelangen, dass wir nicht einmal mehr auf der Höhe einzelner Nachbarstaaten stehen. Ich glaube auch nicht, dass man sich auf glänzende Ergebnisse der Rekrutenprüfungen berufen könnte; denn, wenn man auch zugeben muss, dass das eine und andere besser geworden ist und wir teilweise gute Ergebnisse haben, können doch die Augen nicht verschlossen werden vor dem Uebelstande, der sich gerade aus diesen Rekrutenprüfungen ergibt, dass wir eine viel zu starke Zahl von Leuten haben, die mit der letzten Note taxiert werden, die also nicht nur keinen genügenden, sondern eigentlich gar keinen Erfolg des Schulunterrichtes aufzuweisen haben. Hierüber will ich nicht länger sprechen, ich glaube, es wird sich kaum einer herausnehmen, den Glanz unseres Schulwesens besonders zu preisen in dem Sinne, dass wir auf einer brillanten Höhe angekommen seien und nach dieser Richtung bei uns durchaus nichts mehr zu verbessern sei.

Wenn auf der einen Seite der Bund vorschreibt, dass durch die Kantone genügender Primarunterricht geschaffen werden müsse, so ist es nur konsequent, wenn der Bund auf der andern Seite auch sagt: Ich helfe euch zahlen. Es ist schon wahr, dass der Bund nach verschiedenen Richtungen befiehlt und nichts bezahlt, z. B. wissen die Kantone, dass die Durchführung der Fabrikgesetzgebung fast ganz ihnen überlassen ist, während der Bund befiehlt, was geschehen muss. Gleichwohl ist es ganz richtig, wenn man gegenwärtig sagt: wenn der Bund genügenden Primarunterricht vorschreibt, so ist es

nichts als konsequent, dass er die Kantone finanziell unterstützt.

Man weiss, welche finanzielle Konsequenz diese in Aussicht genommene Subvention des Bundes haben wird. Ich denke, es sei wohl zweifellos, dass später nichts anderes beschlossen werden wird, als was von allen Seiten gegenwärtig beantragt ist, dass nämlich der Bund 60 Cts. per Kopf der Bevölkerung und für einzelne Kantone überdies, für die Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Appenzell I.-Rh., Graubünden, Tessin und Wallis, einen Zuschlagsbeitrag von 20 Cts. per Kopf bezahlt. Das wird für den Bund die finanzielle Folge haben, dass er jährlich etwas über zwei Millionen ausgeben muss. Ich bin weit entfernt zu sagen, dass das für uns eine Bagatellsache sei, und ich möchte mich auch nicht mit dem Motiv begnügen, dass, wenn man 100 Mill. ausgebe, es keine Schwierigkeit habe, auf diese oder jene Weise weitere 2 Mill. ausfindig zu machen. Allein einmal möchte ich betonen, dass so, wie bis anhin mit dieser Frage der Subvention der Primarschule durch den Bund umgesprungen worden ist, nicht mehr vorgegangen werden kann. Man kann nicht jeweilen, wenn diese Bundessubvention in den eidg. Räten angeregt wird, sagen: wir haben kein Geld, ihr müsst warten! und dann in der Zwischenzeit, bis diese Subventionsfrage später wieder kommt, die Mittel des Bundes für andere Zwecke verausgaben. Damit kommen wir mit der Schulsubvention in Ewigkeit nicht zu Ende. Jeweilen, wenn diese wiederkommt, sind die finanziellen Mittel für andere Zwecke aufgebraucht worden! Das haben wir nun schon verschiedene Male erlebt, und es ist gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte das gleiche im Tun. Im übrigen glaube ich nun, dass angesichts des Zolltarifes, den wir festzustellen im Begriffe stehen, die Mittel für den Bund erhältlich sein sollten, um diese Subvention der Volksschule durchzuführen, auch dann, wenn die von uns gemachten Ansätze in Beziehung auf die einzelnen Positionen noch ganz erheblich reduziert werden müssten. Ich glaube also, dass man heute mit Grund nicht mehr sagen kann, es liege für den Bund eine Unmöglichkeit vor, diese Schulsubvention endlich zur Tat und Wahrheit werden zu lassen.

Es wird um so leichter gehen, als ja zur Stunde in recht erfreulicher Weise ein allgemeines Einverständnis bezüglich dieser Schulsubvention besteht. Sobald die Befürchtung des Eingreifens des Bundes in die Schulgesetzgebung der Kantone verschwunden war infolge Annahme des Antrages, es müsse eine Revision der Verfassung vorausgehen, sind auch alle weiteren sachlichen Einwände gegen die Schulsubvention verschwunden. Es werden keine solchen sachlichen Einwände mehr erhoben, und darum sage ich: es herrscht zur Zeit bezüglich dieser Subvention der Volksschule durch den Bund ein allgemeines und recht erfreuliches Einverständnis.

Ich glaube auch in der Tat, dass, wenn wir diese Subvention beschliessen, wir damit nichts Unrechtes, nichts Schlimmes machen, sondern dadurch in der Tat dem Lande eine Wohltat erweisen. Ueber die Bedeutung des Volksschulunterrichtes in unserm Lande spreche ich nicht, indem ich glaube, ich würde Ihnen dadurch zu nahe treten, wenn ich es für notwendig erachtete, hierüber vor Ihnen auch nur ein Wort zu verlieren.

Wenn nun auch in grundsätzlicher Hinsicht keine Differenz mehr bezüglich dieser Schulsubvention besteht, so bestehen doch noch Differenzen über die Art und Weise, wie man die Sache durchführen will. Diese Differenzen zeigen sich in den Anträgen der Mehrheit und denjenigen der Minderheit der Kommission. Wie Sie aus den gedruckten Vorschlägen entnommen haben werden, will die Mehrheit der Kommission im Anschluss an den Beschluss des Nationalrates und den Vorschlag des Bundesrates in die Verfassung nur den Grundsatz der Subvention der Volksschule durch den Bund aufnehmen und alle weiteren Ausführungsbestimmungen der Gesetzgebung überlassen. Die Minderheit dagegen will nicht nur den Grundsatz, sondern auch alle Detailbestimmungen in die Verfassung aufnehmen, die wir der Gesetzgebung überlassen wollen. Was die Minderheit der Kommission beantragt, ist nichts anderes als die Idee, welche seinerzeit von Herrn Nationalrat Curti ausgegangen ist, die er aber selbst in der Beratung des Nationalrates in seiner Rede, die er am 6. Juni 1902 gehalten, fallen gelassen hat, weil nicht mehr tunlich. Die Mehrheit der Kommission kann sich nun mit diesem Vorschlage der Minderheit nicht befreunden, und weshalb nicht? Einerseits aus formellen Gründen, weil sie mit den Herren, welche sich im Nationalrate dagegen ausgesprochen haben, der Meinung ist, dass derartige Detailbestimmungen überhaupt nicht in die Verfassung gehören. In die Verfassung gehört der Grundsatz, der durchgeführt werden soll; aber die Details der Ausführungsbestimmungen gehören nicht in die Verfassung, in das Grundgesetz des Staates, sondern in das Gesetz. Es würde sich auch etwas sonderbar ausnehmen, wenn man in der Verfassung die einzelnen Punkte, die zu subventionierenden Zwecke, genau aufzählte und dann hintendrein sagte: der Bundesrat hat das Recht, die verschiedenen Zwecke nach Gutfinden zu vermehren. Ich habe die Meinung, dass mit dem Wesen eines Staatsgrundgesetzes eine solche Bestimmung nicht gut verträglich ist. Was man in einer Verfassung festlegen will, soll man nicht im gleichen Augenblicke der Verfügungsgewalt einer Exekutive überlassen. Es ist auch nicht Rechtsusance bei uns, dass wir in dieser Weise unsere Bundesverfassung machen, sondern das Gegenteil ist Rechtsusance, dass wir die Grundsätze in die Verfassung aufnehmen, aber die Details der Gesetzgebung überlassen. Ich glaube auch, dass dies das Richtige sei. Man hat in den Sitzungen der Kommission gesagt, dass die Minderheit so vorgehen wolle, um die ganze Angelegenheit schneller zu Ende führen zu können. Wir zweifeln nun daran, dass der beabsichtigte Zweck erreicht wird. Wenn wir den Vorschlag der Minderheit der Kommission akzeptieren, so wird zwischen Nationalrat und Ständerat eine Differenz geschaffen, die so leicht nicht bereinigt wird. Die Angelegenheit müsste an den Nationalrat hinüber, der darüber debattieren müsste, und käme sie dann wieder an den Ständerat zurück, so wäre jedenfalls keine Möglichkeit vorhanden, sie während der gegenwärtigen Session zu Ende führen zu können. Es besteht kaum ein Zweifel, dass der Nationalrat nicht dafür zu haben sein wird, diesen Antrag der Minderheit zu akzeptieren, und zwar deshalb nicht, weil diese Idee für ihn nicht

neu ist. Die Idee war im Nationalrate da, sie ist aus dem Schosse des Nationalrates hervorgegangen, und der Nationalrat hat sie abgelehnt. Ich glaube nicht, dass der Nationalrat seine Ansicht ändern und einem allfälligen Beschluss, wie er von der Minderheit vorgeschlagen wird, beistimmen wird. Wir hätten also in diesem Falle eine ganz erhebliche Differenz, und es würde nichts anderes übrig bleiben, als dass der Ständerat überhaupt auf seinen Beschluss zurückkäme. Aber auch wenn der Nationalrat grundsätzlich zustimmen würde, so würde die Detailberatung folgen, und man muss sich gar nicht vorstellen, dass hier allgemein Uebereinstimmung herrscht, sondern es würden verschiedene Punkte noch zur Diskussion Anlass geben, und wie lange diese Diskussion dauern würde, weiss man nicht. Aber so viel ist sicher, dass wir in dieser Session nicht fertig würden, und es ist zweifelhaft, ob dies in der Dezember-Session möglich wäre. Was haben wir dann? Dann haben wir gar nichts, weder einen Beschluss der Bundesversammlung in bezug auf den Verfassungsgrundsatz, noch viel weniger in bezug auf die Ausführung desselben. Wir haben deshalb die Meinung, wir sollten den einen Teil nun fertigstellen. Revidieren wir nun einmal die Verfassung, und nachher mag dann die Ausführung durch die Gesetzgebung erfolgen. Dann ist etwas getan. Auf die andere Weise aber ist wieder nichts geschehen, und ich glaube wirklich, dass man in allen interessierten Kreisen ausserordentlich wenig begeistert sein würde, wenn wieder nichts geschähe und die ganze Angelegenheit neuerdings im Ungewissen belassen würde.

Gestützt auf diese Auseinandersetzungen stelle ich Ihnen namens der Mehrheit der Kommission den Antrag, auf die Vorlage einzutreten und zwar auf dem Boden des Antrages der Mehrheit der Kommission.

Wirz, Berichterstatter der Kommissionsminderheit: Wenn der Sprechende das Wort ergreift, um die Anträge der Minderheit Ihrer Kommission im Schosse Ihrer hohen Behörde zu vertreten, so muss er in erster Linie eine Entschuldigung anbringen: er kann dies nicht mit derjenigen Gründlichkeit und Vorbereitung tun, die mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache wünschenswert wäre. Ich habe nicht geglaubt, in die Lage zu kommen, hier im Namen der Minderheit der ständerätlichen Kommission das Wort führen zu müssen. Erst gestern, als mir Herr Kollega Peterelli mitteilte, es sei ihm unmöglich, diese Woche in unsern Sitzungen zu erscheinen, und nachdem Herr Kollega Python in sehr zutrauensvoller Weise mir dieses Mandat überlassen hat, bin ich dazu gekommen, mich einigermassen darauf vorzubereiten, um Ihnen die Gründe darzulegen, welche die Minderheit bewogen haben, den vorliegenden Antrag einzubringen, und welche sie bewegen, auch heute an diesem Antrage festzuhalten.

Der Herr Referent der Kommissionsmehrheit hat Ihnen in sorgfältiger und gründlicher Weise die verschiedenen Stadien vorgeführt, welche die Schulsubventions-Frage bis jetzt durchlaufen hat. Diese hat ja ihre interessante und lehrreiche Geschichte. Ich will darauf nicht zurückgreifen, sondern will bei dem Zeitpunkte stehen bleiben, in welchem die Schulsubventions-Frage das erste Mal, wie ich glaube, und meines Dafürhaltens auch das letzte Mal den Ständerat beschäftigt hat. Es war dies am 19. Dezember des Jahres 1900, als es sich darum handelte, Beschluss zu fassen über die von Herrn Munzinger und Mitunterzeichnern eingereichte Motion. Dazumal haben sich, wie aus dem mir vorliegenden Votum des Sprechers der Minderheit hervorgeht, bei der Minderheit Ihres Rates, bei der politischen Gruppe, welcher ich und meine Freunde Peterelli und Python angehören, zwei Bedenken gegen die Schulsubvention geltend gemacht. In erster Linie hat man sich unserseits auf den Standpunkt gestellt, dass die Bundessubvention der Volksschule an Hand der bestehenden Verfassung unzulässig sei, und dass man, wenn von dieser Bundessubvention überhaupt die Rede sein solle, zuerst die Bundesverfassung revidieren, bezw. ergänzen müsse. Man hat gefunden, die konstitutionelle Grundlage für die Einführung der Bundessubvention der Volksschule sei nicht vorhanden. Man hat dieses Bedenken hauptsächlich darauf gestützt, dass, wie Ihnen der Herr Referent der Mehrheit der Kommission bereits ausgeführt hat, seinerzeit bei Beratung der ersten Bundesrevision der ausdrückliche und positive Antrag, die Subventionierung der Volksschule durch den Bund in die Verfassung aufzunehmen, abgelehnt worden war und zwar mit einer sehr entschiedenen Mehrheit abgelehnt worden war. Man hat sich auch darauf gestützt, dass im Art. 27 der Verfassung die Sorge für die Volksschule den Kantonen übertragen worden ist und hat es als eine reine Konsequenz angesehen, dass mit der Sorge für die Volksschule auch die Leistung der finanziellen Mittel für den Unterhalt und Bestand dieser Schulen verbunden sei. Ich will auf diesem Gesichtspunkt nicht weiter insistieren; denn die Frage hat ja heute nur mehr akademischen und nicht mehr praktischen Wert, ob eine Revision der Bundesverfassung erforderlich sei, um die Bundessubvention der Volksschule einführen zu können oder nicht. Denn damit ist man ja jetzt allseitig einverstanden, dass zu einer Verfassungsrevision geschritten werden solle. Die einen haben das gewünscht, weil sie es für unumgänglich notwendig erachteten, die andern haben es zugegeben, um eine Einigung zu erzielen.

Ein zweites Bedenken nicht weniger schwerwiegender Natur, welches die Minderheit Ihres Rates, die politische Gruppe, welcher der Sprechende angehört, bewogen hat, gegenüber der Schulsubventionsfrage eine zurückhaltende oder ablehnende Stellung einzunehmen, hat in der Befürchtung bestanden, dass mit der finanziellen Unterstützung der Volksschule zugleich eine Einmischung des Bundes in das Volksschulwesen verquickt werden möchte. Man hat eine über den Wortlaut und die Tragweite des Art. 27 der Bundesverfassung hinausgehende Einmischung des Bundes befürchtet, sobald der Bund das Recht oder die Pflicht habe, die Volksschule finanziell zu unterstützen, und man hat deshalb unserseits Garantien verlangt gegen eine derartige Einmischung des Bundes in das Volks-

schulwesen, und Herr Ständerat Munzinger hat in seinem Berichte, den wir soeben mit lebhaftem Interesse angehört haben, betont, dass die Einmischung des Bundes in das Volksschulwesen immer auf Widerstand gestossen sei. Nun, die Gründe, welche uns bewogen haben, gegen eine weitergehende Einmischung des Bundes, als sie in Art. 27 bereits vorgesehen ist, Stellung zu nehmen, sind allerdings politischer und, wenn Sie wollen, auch mehr oder weniger konfessioneller Natur. Aber sie sind auch sachlicher Natur; sie beruhen im Interesse am Gedeihen der Volksschule selbst. Denn wir hegen die Befürchtung, wenn die Einmischung des Bundes in das Volksschulwesen eine weitergehende sei, als es bisher der Fall war oder als der Art. 27 der Bundesverfassung vorsieht, so werde dadurch die Betätigung der Kantone und der Gemeinden für die Volksschule mehr oder weniger lahm gelegt; es werde in den Gemeinden und Kantonen nicht mehr die gleiche Initiative vorwalten, um das Volksschulwesen zu heben. Und ich glaube, diese Befürchtung sei nicht unbegründet. Die Gemeinden und die Kantone haben es sich bisher, soweit die Wahrnehmung des Sprechenden reicht, zu einer Pflicht und zwar zu einer patriotischen und Ehrenpflicht gemacht, ihr Schulwesen auf den Stand zu heben, und auf dem Stand zu erhalten, welcher den Verhältnissen und Bedürfnissen der modernen Zeit und der Bevölkerung der betreffenden Landesgegenden entspricht. Es steht nun zu befürchten, dass die Initiative der Gemeinden und der Kantone erlahme und dass ihre Tatkraft auf diesem Gebiete geschwächt würde, wenn der Bund ihnen die Sorge für das Schulwesen, welches ihnen ja so nahe am Herzen liegt, nicht mehr überlasse. Nun konstatiere ich auch hier, dass man uns entgegengekommen ist, indem man in den Art. 27bis, wie er vom Nationalrate angenommen wurde, bezw. wie er Ihnen heute von der Kommissionsmehrheit beantragt wird, die Bestimmung aufnehmen will, dass unter Vorbehalt der Bestimmungen des Art. 27 die Organisation, Leitung und Beaufsichtigung des Primarschulwesens Sache der Kantone bleibe. Es ist also damit konstatiert, und ich möchte dies, meine Herren, meinerseits festgelegt wissen, dass mit bezug auf die Einmischung des Bundes in das Volksschulwesen, auch wenn die Bundessubvention in die Wirklichkeit tritt, nicht weitergegangen werden soll, als es bisher nach Art. 27 der Bundesverfassung der Fall gewesen ist. Nun hat die Kommissionsminderheit sich erlaubt, Ihnen Anträge zu stellen in Abweichung vom Beschluss des Nationalrates und vom Antrage der Kommissionsmehrheit, welche bedeutend mehr ins Detail eingehen, als der nationalrätliche Beschluss und der Mehrheitsantrag Ihrer Kommission. Wir bezwecken — ich will dies ganz offen sagen — dadurch den Erlass eines Bundesgesetzes über die Volksschulsubvention zu vermeiden, und wir bezwecken, in die Verfassung alles dasjenige aufzunehmen, was mit Bezug auf die Bundessubvention der Volksschule nötig ist, so dass dieselbe in Wirksamkeit treten kann, ohne dass noch ein Bundesgesetz erlassen werden muss. Es werden ja noch reglementarische Bestimmungen nötig sein; aber der Erlass der letzteren wird Sache der Exekutivbehörde sein. Wir meinen also, es sollte alles das, was notwendig ist, die Subvention herbeizuführen, in die Verfassung aufgenommen werden, in der Meinung, dass dadurch der Erlass eines speziellen Gesetzes überflüssig werde.

Nun gestatten Sie mir, noch kurz auf die Einwände einzugehen, welche gegen unsere Vorlage erhoben worden sind, sowohl im Schosse der Kommission, als in der Oeffentlichkeit überhaupt, als auch heute im Berichte des Herrn Referenten der Kommissionsmehrheit. Ich will vorausschicken, dass ich auf die Frage nicht näher eintrete, ob und inwiefern ein Bedürfnis für Unterstützung der Volksschule durch den Bund vorhanden sei. Ich gebe zu, dass es den Kantonen erwünscht sein kann, wenn ihnen finanzielle Hülfsmittel für die Förderung des Volksschulwesens von Seite des Bundes zur Verfügung gestellt werden, und der Sprechende und seine politischen Freunde standen ja von jeher auf dem Boden des Finanzausgleiches zwischen Bund und Kantonen, in der Meinung, dass der Bund finanziell den Kantonen ihre Lasten, die mit der Erfüllung der Staatsaufgaben verbunden sind, tragen helfe. Ich muss allerdings sofort beifügen, dass es sich bei der Frage der Bundessubvention der Volksschule eigentlich insofern nicht um eine Frage des Finanzausgleichs handelt, als die bisherigen Leistungen der Kantone für das Schulwesen durch die Bundessubvention nicht vermindert werden dürfen. Man ist ja allseitig darüber einig, dass die Kantone, auch wenn das Volksschulwesen vom Bund subventioniert wird, nicht hinter ihre bisherigen finanziellen Leistungen für die Schule zurückgehen dürfen. Allein ich gestehe zu, dass es die Kantone begrüssen können, wenn ihnen finanzielle Hülfsmittel von Seite des Bundes zur Verfügung gestellt werden. Auf die Frage des Bedürfnisses will ich mich nicht weiter einlassen.

Es ist ja richtig, dass die Idee, welche die Kommissionsminderheit vertritt, schon im Schosse der nationalrätlichen Kommission aufgegriffen worden ist und zwar durch den Motionssteller, Herrn Curti, selbst und dass man diese Idee wieder hat fallen lassen, zwar nicht, weil sich der Motionssteller von der Unmöglichkeit ihrer Ausführung überzeugte, sondern aus rein formellen Gesichtspunkten. Man hat nun auch unserer Vorlage den Vorwurf gemacht, sie sei in formeller Beziehung für die Verfassung sehr wenig dekorativ, um mich so auszudrücken; sie stehe mit der technischen Anlage, mit der formellen Fassung der Bundesverfassung nicht im Einklange; es werde ein Artikel proponiert, der ein eigentliches Monstrum bilde, schon hinsichtlich seiner räumlichen Ausdehnung. Ich gebe das nicht zu. Wenn Sie die Verfassung durchsehen, so werden Sie doch den Eindruck gewinnen, dass dieser Artikel nicht so weitläufig ist, wie behauptet wurde, und nicht einen so weiten Raum einnimmt, dass nicht auch andere Artikel der Bundesverfassung und zwar vielleicht nicht einmal in kleiner Zahl sich vorfänden, die ebenso ausführlich gehalten sind und ebensoviel Raum beanspruchen, als die von der Kommissionsminderheit gemachte Proposition.

Im übrigen habe ich denn doch die Empfindung, und ich glaube, Sie werden dieses Gefühl auch teilen, dass es ein etwas formalistischer Standpunkt wäre, wenn man unsere Propositionen lediglich aus dem angegebenen Grunde ablehnen würde, während man zugeben müsste, dass dieselben materiell

gerechtfertigt seien und einen wirklichen Vorteil in sich schliessen. Dieser formalistische Gesichtspunkt wird doch nicht ausschlaggebend sein können.

Herr Kollega Munzinger hat uns dargelegt, dass wir verschiedenes Detail in die Verfassung hineinbringen wollen, das gar nicht in die Verfassung, sondern in ein Ausführungsgesetz gehöre. Ich antworte darauf, dass wir eigentlich keine Demarkationslinie kennen, welche genau ausscheidet, was in die Verfassung gehört und was in die Gesetzgebung zu verweisen ist. Wir kennen keine positiven staatsrechtlichen Grundsätze, die festlegen würden, was in die Verfassung aufgenommen werden müsse. Wir haben verschiedene Bestimmungen in der Verfassung, von denen man unbedingt sagen könnte, dass sie vermöge ihrer Natur und Tragweite viel eher in die Gesetzgebung als in die Verfassung gehören würden. Ich will Sie nicht mit der Aufzählung von Einzelheiten hinhalten, ich erinnere im Vorbeigehen nur an das Schächtverbot. Da also nirgends positiv gesagt ist, was in die Verfassung aufgenommen werden dürfe, so sage ich auch gegenüber diesen Einwänden: Wenn es sich aus praktischen Gründen rechtfertigt, etwas in die Verfassung aufzunehmen und damit ein materieller Gewinn erzielt wird, so dürfen die theoretischen Gesichtspunkte nicht durchschlagend sein.

Was für ein Gewinn wird durch die Annahme der Anträge der Kommissionsminderheit erzielt? Der Hauptvorteil besteht darin, dass eine unbedingt klare Situation geschaffen wird. Jedermann weiss dann, um was es sich bei der Schulsubvention handelt. Wir haben nicht nur eine kurze Verfassungsbestimmung, welche auf der einen Seite die Bundeskompetenz schafft und auf der andern Seite dieselbe im Interesse der Kantonalhoheit wieder einschränkt, resp. die Kantonalsouveränetät nach dem bisherigen Massstabe wahrt, sondern jedermann weiss dann ganz genau, für welche Zwecke, unter welchen Bedingungen und nach welchen Modalitäten die Bundessubvention verabfolgt wird. Für das Volk und die Stände, welche den endgültigen Entscheid über die Verfassungsrevision zu fällen haben, ist es wünschenswert, genau darüber orientiert zu sein, was mit dieser Bundessubvention bezweckt wird, nicht nur den leitenden Gesichtspunkt, sondern auch die Zweckbestimmungen und die Voraussetzungen für die Bundessubvention zu kennen.

Herr Munzinger hat Ihnen gesagt, durch die Annahme der Minderheitsanträge werde keine Zeit gewonnen. Die Schulsubventionsfrage werde nicht früher erledigt, als es sonst der Fall sei. Man hat der Kommissionsminderheit schon im letzten Juni den Vorwurf gemacht, die Angelegenheit werde durch ihr Vorgehen verzögert. Man hat gesagt, wenn man auf die Vorschläge der Minderheit eintrete und die Beratung der Schulsubventionsfrage im Ständerat auf die Herbstsession vertage, so gehe dadurch Zeit verloren. Wir haben immer den Eindruck gehabt, das Gegenteil sei richtig. Dies scheint mir auch tatsächlich der Fall zu sein. Wenn Sie jetzt die Verfassungsrevision nach dem Beschluss des Nationalrates und den Anträgen der Kommissionsmehrheit beschliessen, so unterliegt selbstverständlich diese Verfassungsänderung der Volks- und Ständeabstimmung. Dann wird es sich erst um den Erlass eines Bundesgesetzes handeln. Herr Munzinger hat uns in Aussicht gestellt, dass sich in bezug auf die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes nicht unerhebliche Schwierigkeiten ergeben dürften. Wenn dem so wäre, so würde eine geraume Zeit verstreichen, bis das Gesetz von den Räten durchberaten wäre. Sodann muss das Gesetz dem Referendum unterstellt werden. Entweder wird vom Referendum Gebrauch gemacht oder nicht. Geschieht letzteres, so verläuft doch eine dreimonatliche Frist. Wird aber das Referendum ergriffen, so muss man erst gewärtigen, welches Schicksal dem Gesetz beschieden ist und auf alle Fälle zuwarten, bis das Volk entschieden hat. Es macht mir den Eindruck, dass, wenn wir alles mit einem Schlag erledigen und alle diejenigen Bestimmungen, welche zum Inkrafttreten der Schulsubvention überhaupt nötig sind, in die Verfassung aufnehmen, dies einen ganz entschiedenen Zeitgewinn bedeutet. Der mit der Beratung des Gesetzes verbundene Zeitaufwand, die Referendumsfrist u. s. w. fällt dann dahin, und wir erlegen zwei Vögel mit einem Schuss.

Wenn es wirklich so wäre, wie Herr Munzinger glaubt, dass der Erlass des Gesetzes in verschiedenen Punkten grosse Schwierigkeiten bieten werde, so könnte man allerdings sagen, dass wir auch schwer haben, uns über die in die Verfassung aufzunehmenden Punkte zu einigen. Allein ich teile diese Ansicht nicht. Nachdem die Minderheit den Kreis der Zwecke, für welche die Bundessubvention verabfolgt werden soll, soweit ausdehnt und dem Bundesrat sogar das Recht einräumt, noch andere ähnliche Zwecke einzubeziehen, sollte die Feststellung dieser Zwecke nicht mehr mit allzu grossen Schwierigkeiten verbunden sein. Und wenn wir uns einigen können, so sollte eine Zustimmung im Nationalrate nicht allzuschwer zu erreichen sein.

Man hat ferner bemerkt, der Gedanke, den die Kommissionsminderheit vertrete, habe seine Berechtigung, aber er sei jetzt nicht mehr angebracht. Heute ist es aber das erste Mal, dass der Ständerat sich mit der Frage befasst, wie die zu revidierenden oder einzuschaltenden Verfassungsbestimmungen lauten sollen. Wir hätten früher gar keine Gelegenheit gehabt, Ihnen die Anträge zu unterbreiten, über die wir jetzt diskutieren. Im letzten April ist die Ansicht geltend gemacht worden, dass es der Zustimmung des Ständerates bedürfe, um den Rückweisungsbeschluss des Nationalrates wirksam werden zu lassen, weil es sich bei diesem Rückweisungsbeschluss um eine Revision der Bundesverfassung handle. Man war in der Kommission darüber geteilter Meinung. Die Einen hielten eine Zustimmung des Ständerates nicht für notwendig. Aber Herr Munzinger hat mit grossem Nachdruck die entgegengesetzte Ansicht vertreten. Wenn man dazumal fand, dass der Ständerat sich an seinen Prärogativen etwas vergeben würde, wenn er den nationalrätlichen Rückweisungsbeschluss nicht auch zum Gegenstand seiner Diskussion machen würde, so scheint es nicht konsequent, wenn man heute anführt, es sei sehr übel angebracht und nicht mehr zeitgemäss, an dem Nationalratsbeschluss etwas zu ändern. Ich glaube, diese Auffassung deckt sich mit derjenigen vom letzten April nicht vollständig. Dann wäre auch das Mitsprachrecht des Ständerates bei derartigen Beschlüssen illusorisch, wenn man sagen würde, der Ständerat tritt jetzt nicht mehr darauf ein, denn der Gedanke

hätte im Schosse des Nationalrates geltend gemacht werden sollen; jetzt ist es zu spät.

Ich habe schon betont, dass es nicht zu schwer sei, über die einzelnen Punkte eine Einigung zu erzielen. Wir haben weitgehende Vorschläge gemacht. Der Herr Kommissionsreferent hat dies anerkannt und war sogar, wie es mir scheint, erstaunt, dass wir so weit gehen. Noch mehr schien er darüber erstaunt zu sein, dass wir dem Bundesrat die Kompetenzen einräumen, diesen Kreis noch weiter zu ziehen. Gerade darum aber glaube ich, sollte es nicht allzu schwierig sein, eine Einigung zu erzielen. Wenn Sie nicht mit allen Punkten einverstanden sind, so lassen wir sehr gerne mit uns reden. Man kann einzelnes beseitigen. Wir halten keineswegs an jeder Zweckbestimmung als conditio sine qua non unbedingt fest. Wenn wir das hätten tun wollen, so würden wir nicht der Kompetenz, weitere Zwecke zu nennen, einen so grossen Spielraum gelassen haben.

Es handelt sich gewissermassen um einen Kompromiss. Auf der einen Seite gestehen die Freunde der Schulsubventionsvorlage zu, dass dieselbe nicht bloss auf dem Wege eines Gesetzes, sondern auf dem Wege einer Verfassungsrevision eingeführt werden soll, was unserseits immer verlangt wurde. Zweitens wird zugestanden, dass die Kantonalsouveränetät nach bisheriger Massgabe gewahrt werden soll. Auf der andern Seite wird dann allerdings der Schulsubventionsvorlage zugestimmt. Dieser Kompromiss wäre aber nach meiner Ansicht erst dann vollständig, wenn er sich auf alle wesentlichen Punkte erstrecken und dann nicht wieder ein Gesetz notwendig machen würde, bei dessen Erlass dann allerdings wieder Meinungsdifferenzen auftreten könnten. Ich glaube, es liege im Interesse der Sache, den Anträgen der Kommissionsminderheit beizupflichten. Wenn Sie dieselben annehmen, dann ist die ganze Frage erledigt. Wenn Sie aber nur die Grundsätze in die Verfassung aufnehmen, wie der Nationalrat beschlossen hat und die Kommissionsmehrheit Ihnen beantragt, dann fragt es sich erst noch, welches Schicksal das Schweizervolk dem Volksschulsubventionsgesetz bereiten wird. Es ist gar nicht neu, dass ein Verfassungsartikel, welcher die Kompetenz des Bundes zum Erlass eines Gesetzes statuiert, von Volk und Ständen mit grosser Mehrheit angenommen, das Ausführungsgesetz aber verworfen wurde. Ich erinnere Sie nur an den Art. 34bis der Bundesverfassung, welcher dem Bund die Kompetenz einräumt, über die Kranken- und Unfallversicherung zu legiferieren. Als der Bund dann aber von dieser Kompetenz Gebrauch machen wollte, da lautete, allerdings, zum Bedauern des Sprechenden, das Abstimmungsergebnis im Mai 1900 ganz anders, als es im Oktober 1890 der Fall gewesen war. Etwas ähnliches könnte vielleicht dem Volksschulsubventionsgesetz auch begegnen. Ich halte es überhaupt aus Gründen der Zweckmässigkeit und der klugen Vorsorge für angebracht, wenn man alles dasjenige in die Verfassung aufnimmt, was zum Inkrafttreten der Volksschulsubvention notwendig ist. Wir lehnen uns ja im wesentlichen an die Vorlage des Bundesrates an. Im grossen und ganzen besteht zwischen unsern Anträgen und der Botschaft des Bundesrates und dem damit verbundenen Gesetzesentwurf vom 18. Juni 1901 keine wesentliche Differenz. Wir stehen im grossen und ganzen auch auf dem Boden der Erziehungsdirektorenkonferenz. Die Zwecke sind im wesentlichen die gleichen, die wir ins Auge fassen. Es sind einzelne Unterschiede vorhanden, über die man auch diskutieren kann. Wir beantragen Ihnen in Uebereinstimmung mit dem Bundesrat die Kopfzahl, und nicht, wie die Erziehungsdirektoren vorschlagen, die Zahl der Schulen als massgebend für die Verteilung der Beiträge anzunehmen. Wir finden, dass, wenn wir die Zahl der Schulen und Lehrkräfte als normgebend betrachten würden, die Verteilung einem beständigen Wechsel unterworfen wäre. Und gerade in denjenigen Gegenden, wo das Bedürfnis nach Bundesunterstützung vielleicht am dringendsten ist, sind relativ wenig Lehrkräfte vorhanden. Darum halten wir es für zweckmässiger, auf die Kopfzahl statt auf die Zahl der Schulen abzustellen. Im übrigen liesse sich über diese Punkte diskutieren. Wenn Sie auf unsere Anträge eintreten, ist die Möglichkeit immer noch gegeben, an denselben Abänderungen vorzunehmen.

Man hat sich daran gestossen, dass wir dem Bundesrat die Befugnis geben wollen, die Zweckbestimmungen noch weiter auszudehnen, für welche die Subvention ausgerichtet werden kann, und man hat gesagt, es sei von unserer Seite ausserordentlich inkonsequent, es stehe mit unsern politischen Grundsätzen im Widerspruch, wenn wir dem Bundesrat eine derartig weitgehende Kompetenz schaffen wollen. Ich bin meinen sehr verehrten Kollegen von der Mehrheit ausserordentlich dankbar dafür, dass sie mit so grosser Freundlichkeit uns davor bewahren wollen, mit unserer politischen Gesinnung in Konflikt zu geraten. Ich darf sie aber vollständig beruhigen. Erstens handelt es sich ja nur um analoge Zwecke, um Zwecke, die mit denjenigen verwandt sind, die in der Verfassung aufgeführt sind, und dann zweitens, meine Herren, und das ist die Hauptsache, auf die ich besonderes Gewicht lege, steht den Kantonen die Auswahl unter diesen Zwecken zu. Die Kantone haben ja das Recht, zu sagen, für den und den Zweck wollen wir die Bundessubvention, aber nicht für einen andern. Es ist in der bundesrätlichen Botschaft vom 18. Juni 1901 ausdrücklich betont, dass dem Bundesrat oder seinen Organen gar nicht die Kompetenz der Ueberprüfung in dem Sinne zustehen solle, zu untersuchen, ob der Kanton nicht besser täte, diesen oder jenen Zweck ins Auge zu fassen. Also glaube ich, es ist der kantonalen Hoheit von unserer Seite absolut nicht zu nahe getreten worden. Im übrigen, die Verhältnisse und Bedürfnisse ändern sich, die Zeiten sind dem Wechsel unterworfen. Diesem Umstand wollen wir Rechnung tragen, und daher wollen wir dem Bundesrat das Recht gewähren, je nach der Gestaltung der Verhältnisse auch andere Zwecke als subventionsberechtigt zu bezeichnen. Man hat heute gesagt, die Idee, welche die Kommissionsminderheit vertrete, sei von demjenigen, der sie zuerst geäussert habe, selbst wieder fallen gelassen worden. Es ist das richtig, und darüber habe ich mich schon geäussert, aber merkwürdig ist, dass Herr Curti in der Nationalratssitzung vom 6. Juni dieses Jahres — sein Votum liegt mir vor — betont hat, dass im Schosse der nationalrätlichen Kom-

mission sich die Ansicht geltend machte, dass man die Verfassungsrevision und das Ausführungsgesetz dem Volke gleichzeitig vorlegen sollte, es wäre das sehr wünschenswert, um das Volk nach allen Richtungen genau zu orientieren und über die Tragweite der Verfassungsrevision aufzuklären. Es sind absolut nicht Gründe der Zweckmässigkeit gewesen, welche gegen dieses Vorgehen angeführt wurden, sondern rein konstitutionelle Gründe. Man hat gesagt, es gehe dies nicht an; wenn wir die Bundeskompetenz für die Schulsubvention durch einen Verfassungsartikel schaffen, so sei es unzukömmlich und unzulässig, bevor diese Kompetenz durch die Annahme des Verfassungsartikels geschaffen sei, gleichzeitig das Ausführungsgesetz vorzubereiten und dem Volke zum Entscheid vorzulegen. Das ist der Grund gewesen, warum man diesen Weg nicht eingeschlagen hat; aber das Bedürfnis hatte man auch empfunden, das Volk über die volle Tragweite der Volksschulsubvention aufzuklären. Wenn es aber nicht als tunlich, nicht als zulässig erscheint, gleichzeitig mit der Verfassungsrevision das Gesetz vor das Volk zu bringen, so ist es gewiss nicht untunlich, nicht inkorrekt, die wesentlichsten Bestimmungen in die Verfassung selbst aufzunehmen, und das ist gerade der leitende Gesichtspunkt, von welchem die Minderheit Ihrer Kommission ausgeht.

Der Herr Berichterstatter der Kommissionsmehrheit hat betont, es sei eine erfreuliche Erscheinung, dass man sich nun über die Volksschulsubventionsfrage im grossen und ganzen geeinigt habe. Ich teile diesen Eindruck auch. Dieses Gefühl besitze ich ebenfalls und meine Freunde von der Kommissionsminderheit nicht weniger, aber ich glaube, die Einigung wäre erst dann eine vollständige, wenn wir auch insoweit im klaren wären, dass wir über das Gesetz dann auch einig sind, und ich habe die Hoffnung und hege die Zuversicht, dass, wenn Sie auf unsere Propositionen eintreten, wir uns heute über alles, über die ganze Volksschulsubventionsfrage einigen, so dass diese sofort nach Annahme der Verfassungsrevision in Wirksamkeit treten kann. Worin wir alle einig sind, das ist unsere Begeisterung für die Volksschule, das ist das Interesse, das wir am Gedeihen der Volksschule nehmen. Wir alle wissen, dass, wie der Jugend die Zukunft gehört, so der Jugend unsere Herzen gehören, und das Vaterland empfängt seine Söhne, seine Jungmannschaft aus der Volksschule. Darum bringen wir der Volksschule dieses Interesse und diese Sympathie entgegen. Ich gehöre einem kleinen Kanton an. Es haben in diesem Kanton in den letzten Tagen die Rekrutenprüfungen stattgefunden; man hat mir mitgeteilt, dass sie einen ausserordentlich befriedigenden Verlauf genommen haben. Ich habe mich darüber lebhaft gefreut, aber nicht nur ich, sondern das ganze Volk, sogar der Bauer auf dem einsamen Berggehöfte freut sich darüber, weil das ganze Volk die Volksschule als die Perle des Landes betrachtet. Ich glaube, man denkt in andern Gegenden der Schweiz wohl ebenso wie in Obwalden, und nun wollen wir uns die Hand reichen, um im Interesse der Volksschule ein Werk des Friedens zu schaffen; aber wir wollen bei der Handreichung nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern ein Werk schaffen, eine Arbeit tun, die, wenn sie getan, als Ganzes, als vollständiger Erfolg vor uns steht.

Erlauben Sie mir, dass ich schliesse, indem ich Sie erinnere an ein Votum, welches im Schosse dieser Behörde abgegeben worden ist das letzte und, wie ich glaube, auch das erste Mal, als man die Schulsubventionsfrage hier diskutiert hat. Es war dies am 19. Dezember 1900. Der Sprecher der Minderheit war, wie es heute wieder der Fall ist, der Vertreter von Obwalden. Dieser Sprecher ist ja bekanntermassen dem heutigen persönlich ausserordentlich nahe gestanden, und dasjenige, was er in jener denkwürdigen Sitzung des Ständerates gesagt hat, war sein parlamentarischer Schwanengesang in der Behörde, welcher er 30 Jahre lang angehört hat. Er hat nachher nie mehr die Ehre gehabt, in Ihrer Mitte das Wort zu ergreifen:

«Wir haben und wollen keine Zwangsdressuranstalt, sondern wir haben als freies Kulturvolk eine schweizerische Volksschule. Die Schule gehört zunächst dem Volke, der Familie, sie ist die notwendige Ergänzung der Familie. Die Schule muss im Volke wurzeln, wie die Eiche in den Schweizerbergen; sie darf nicht schablonisieren, sie muss Menschen erziehen und Charaktere bilden; durch die Schule muss der belebende und erwärmende Hauch des Schweizerhauses wehen. Was ein kleines Volk gross und stark macht, das sind urwüchsige Typen und kraftvolle Individualitäten. Die Schule gedeiht nur dann, wenn sie mit dem Volke verwachsen und im guten Sinne populär ist, und lieb ist dem Volke nur das, was ihm nicht oktroiert wird, was Geist von seinem Geiste und Herz von seinem Herzen ist. Der Schulunterricht muss genügend und tolerant sein. Das verlangt die Bundesverfassung mit vollem Recht. Im weitern dürfen die Genferschule und die Unterwaldnerschule unmöglich über einen Leist geschlagen sein. Eine solide Volkserziehung lässt sich ohne religiöses, d. h. konfessionelles Prinzip so wenig denken als ein Auge ohne Seele.»

Der Sprechende hat den Worten von Theodor Wirz, die er Ihnen in Erinnerung zu rufen sich erlaubte, nichts mehr beizufügen. Meine Herren! Wir wollen eine solide, feste Grundlage schaffen für eine vollständige Einigung in bezug auf die Volksschulsubvention, und ich glaube, diese Basis ist gegeben in den Anträgen, die die Kommissionsminderheit die Ehre hat, Ihnen vorzulegen. Ich empfehle Ihnen diese Anträge.

M. **Python:** Je pensais que quelque autre membre de la majorité de la commission prendrait la parole pour répondre à M. Wirz et je voulais attendre leur exposé avant de présenter mes observations. Mes collègues ont trouvé le rapport de M. le président Munzinger si complet, et je partage leur avis, qu'ils n'ont pas jugé à propos d'en dire davantage pour éclairer la conscience du conseil des états.

Comme M. Munzinger, j'ai l'avantage de diriger le département de l'instruction publique dans mon canton d'origine. J'ai donc une petite expérience dans le domaine de l'instruction populaire, et je

ne puis que m'associer aux efforts qui sont faits pour élever le niveau intellectuel du pays.

Pourtant si j'avais une voix au chapitre et mon mot à dire dans les conseils de ceux qui exercent une influence prépondérante sur l'administration fédérale, j'avoue que j'aurais réglementé autrement et d'une manière qui aurait été, je crois, beaucoup plus efficace, la participation financière de la Confédération dans l'intérêt de l'instruction du peuple.

La question a été traitée par le petit bout. On a agi beaucoup trop sous l'influence des cercles directement intéressés qui ne pouvaient envisager les choses qu'à un point de vue très spécial. Le magistrat doit considérer l'ensemble du problème et chercher une solution plus générale, plus utile.

Dans son rapport si bien fait, M. Munzinger s'est servi d'une double expression pour signifier la même chose. Il a parlé tantôt de la «Primarschule», tantôt de la «Volksschule». J'estime que ces deux termes qui ont été confondus jadis, doivent être distingués. Autrefois, l'école primaire devait être reconnue comme l'école populaire, parce que les notions qu'elle procure suffisaient au jeune citoyen, à la jeune fille pour lui permettre d'entreprendre le combat de la vie. Il n'en est plus de même aujourd'hui. La connaissance élémentaire de la langue maternelle, du calcul, de l'histoire, de la géographie ne constitue pas l'instruction populaire telle que nous devons la comprendre à notre époque.

Ces notions doivent servir de base à un autre enseignement, à l'éducation professionnelle qui forme la partie principale et le couronnement de l'instruction populaire. L'instruction primaire a été rendue obligatoire dans tous les pays civilisés. On devrait réaliser un progrès et prescrire aussi l'obligation de l'enseignement professionnel. Pourquoi s'arrêter? Les motifs pour imposer l'éducation professionnelle à tous les enfants sont incontestables. En s'engageant dans cette nouvelle voie, la Confédération aurait pris la tête du mouvement pour le perfectionnement de l'industrie populaire. J'entends l'objection qui m'est faite. La Confédération ne s'est pas désintéressée de l'enseignement professionnel. Son budget prévoit des sommes importantes qui sont distribuées aux cantons pour leurs écoles professionnelles. Loin de moi l'idée de nier ou d'amoindrir les résultats qui ont été obtenus. Mais d'autres pays sont plus avancés pour l'enseignement professionnel. La subvention fédérale ne comprend que le tiers de la dépense totale et c'est aux cantons, aux communes de supporter la plus grande partie des frais. Les ressources manquent. On n'est pas à même de créer toutes les institutions que réclament les exigences modernes. Puis l'enseignement professionnel est localisé dans les centres importants. Il n'est pas mis à la portée du pauvre, de celui qui en aurait le plus besoin et qui habite un lieu retiré.

En généralisant l'enseignement professionnel, comme je le demande, on aurait par le fait même élevé le niveau de l'école primaire. L'examen pédagogique des recrutables ne reflète pas exactement l'état de l'instruction primaire dans le pays. On ajoute au résultat les notes méritées par des élèves de l'école secondaire des établissements de l'instruction supérieure. Si je me permets cette remarque, ce n'est pas pour faire le procès de ces épreuves que j'ai toujours défendues, quand on a cherché à en diminuer la signification. Ainsi, je me suis opposé à la suppression de la mention des notes dans le livret de service. Puis dans la plupart des cantons, le jeune homme, après avoir quitté l'école primaire, est astreint à des cours complémentaires. Certains cantons qui, dans le principe, se riaient de ces leçons spéciales, ont été obligés de les introduire à leur tour pour rivaliser avec les recrutables des états confédérés. Au lieu de répéter les matières de programme de la classe primaire proprement dite, si l'on pouvait initier les jeunes gens à des branches professionnelles, on les intéresserait, on les développerait davantage, on les mettrait à même de gagner plus facilement leur vie. Il ne faut pas se faire des illusions. L'heure arrivera où l'on refusera d'envisager comme suffisant l'enseignement primaire qui ne comprendra point aussi l'éducation professionnelle et c'est grâce à l'argent de la Confédération que ce progrès si considérable pourra être obtenu. Le chiffre de la subvention fédérale ira donc grossissant, même si l'on s'en tient à la notion de l'école primaire prise dans son acception la plus restreinte.

Nous avons entendu de la bouche de M. Munzinger l'énumération des divers besoins qui ont été signalés. Ils sont nombreux. Et il ne sera point facile de les satisfaire avec la somme de 2 millions répartie entre les cantons. C'est un minimum qui est prévu. On ne tardera pas à l'augmenter, selon les ressources fédérales. Je suis loin de repousser l'argent qui nous est offert pour le perfectionnement de l'enseignement primaire. Certes, nous en aurons bien l'emploi et nous saurons tous en tirer profit. A propos des subventions scolaires, je me suis évertué dans la mesure de mes faibles forces, de faire tout ce qui dépendait de moi pour conjurer un débat politique, une lutte devant le peuple. J'avais le sentiment que les polémiques, quel que pût être le sort du combat, tourneraient au détriment de l'instruction populaire. Dans les milieux peu sympathiques à l'intervention de la Confédération, on sèmerait la défiance contre l'école et ceux qui sont appelés à travailler à son développement.

La majorité du parlement a pris en considération les voeux de la minorité. Elle a fait des concessions, consenti à une revision constitutionnelle et consacré une fois de plus l'autonomie des cantons en cette matière. Nous lui sommes reconnaissants de son attitude.

Quant au chiffre de 2 millions qui a été prévu dans les calculs préparatoires, il faut reconnaître que cette somme est insuffisante et M. Munzinger se fait d'étranges illusions s'il s'imagine qu'on pourra s'en tenir à ce crédit. Il a lui-même énuméré toutes les lacunes dans l'organisation de l'école primaire qui sollicitent une amélioration.

On ne pourra satisfaire tous les besoins dans tous les cantons avec une somme de 2 millions seulement. Ce principe posé, les revendications ne tarderont pas à se produire et nous nous mettrons d'accord pour affecter des ressources plus grandes encore à l'école populaire.

En définitive, il n'y a pas de divergence de principe qui sépare les membres de la commission. C'est plutôt une question de forme qui a divisé la

commission et voilà pourquoi la minorité, au vote final, donnera son adhésion au projet, même si ses propositions sont repoussées. Nous ne voulons pas nous laisser vaincre en générosité. Nous savons gré à la majorité de ses sentiments de conciliation.

J'aborde maintenant le texte présenté par la minorité de la commission. On lui reproche de ne pas proclamer un principe seulement et d'entrer dans des détails d'exécution. M. Munzinger a constaté que c'était déroger à la pratique constamment suivie jusqu'ici et dont tout le monde est content.

Je ferai observer tout d'abord que la constitution dans notre pays est l'expression de la volonté souveraine. Elle ne peut donc être limitée par aucune règle spéciale tirée de l'usage ou d'autres sources. Appartient à la constitution tout ce qu'il plaît au peuple suisse d'y insérer et l'on n'a pas à examiner si telle disposition de par sa nature, par son importance relève plutôt de l'ordre législatif que de l'ordre constitutionnel. Le premier doit céder le pas devant le texte de la charte fondamentale du pays.

Je ne puis considérer comme des points de détail les questions que nous avons voulu réglementer par le projet de la minorité. Ils sont tous d'une grande importance et ils auront des conséquences plus graves que bien d'autres règles admises dans la constitution fédérale. Enfin j'ajouterai que si la majorité est satisfaite du procédé qui consiste à n'introduire dans le texte de la constitution que des principes pour en abandonner l'exécution à la loi ou aux décisions des autorités administratives, nous ne sommes pas du même avis. Des abus se sont produits. Cette manière de faire prête à l'arbitraire. On méconnaît la constitution, on donne au même texte une interprétation quelque fois absolument contradictoire, suivant les besoins, les courants du moment. Cela n'est pas digne, c'est injuste et incorrect. Pour citer un exemple à l'appui de mon affirmation, je citerai l'article qui prévoit la liberté du commerce. Cette disposition a été votée par les citoyens en 1874 pour consacrer d'une manière définitive le principe du libre échange. Le conseil fédéral a annulé autrefois des mesures qu'il approuve aujourd'hui, toujours en vertu du même article. L'autorité fédérale est revenue en arrière pour obéir à des lois économiques plus sages. Il a eu raison après tout de se départir de sa première interprétation qui seule cependant découlait du texte constitutionnel, mais il ne pouvait varier comme il s'est permis de le faire sans provoquer une revision, un changement du texte qu'il a modifié totalement et sans droit dans la pratique.

On peut faire la même constatation en ce qui concerne l'art. 27 de la constitution fédérale. Pendant une série d'années le conseil fédéral a déclaré solennellement par la bouche de ses membres les plus autorisés, par ceux qui avaient assisté, en y prenant la plus grande part, à l'élaboration de la constitution que l'on ne pouvait songer à subventionner l'école primaire sans une revision de la constitution. M. Schenk, M. Welti ont l'un et l'autre affirmé cette opinion à la tribune parlementaire, parlant au nom du conseil fédéral. Plus tard, un autre courant se produit. Le pouvoir central prend l'avis d'un jurisconsulte évolutionniste et voilà que l'on voulait décider qu'une revision de la constitution n'était plus nécessaire. La majorité du conseil national, Dieu merci, n'a pas sanctionné cette manière de faire. Faut-il faire allusion à un fait plus récent et d'une importance beaucoup plus grande? L'autre jour, pour interpréter un texte datant aussi de 1874, on est allé cueillir des notions à l'étranger, dans une loi dont l'application jette en ce moment le trouble, la division dans un pays voisin et le réduira à l'impuissance. Cette manière de faire, vous en conviendrez, est intolérable. Ce n'est plus la recherche de la volonté du législateur, mais les circonstances du moment dont on se préoccupe pour étendre, modifier un texte constitutionnel. Nous avons donc d'excellentes raisons pour ne pas redouter d'admettre des prescriptions de détail dans la constitution, surtout lorsqu'il s'agit du domaine si délicat de l'école.

La minorité de la commission ne vous présente point une oeuvre qui lui est propre. Elle a calqué ses propositions sur le projet du conseil fédéral qui a été discuté et voté déjà par la majorité de la commission du conseil national. Elle s'est efforcée de s'en écarter le moins possible pour montrer sa bonne volonté.

Jamais le conseil national n'accueillera vos propositions, nous a-t-on dit. Pourquoi? C'est l'oeuvre de sa commission. Puis nous ne pouvons nous le dissimuler, dans de nombreuses circonstances le conseil national a fait preuve de vues plus larges, de plus de générosité que le conseil des états. Mes collègues me pardonneront cette remarque qui ne porte aucune atteinte à leur honorabilité, à leurs qualités personnelles. Ils n'en sont pas responsables. L'institution le veut ainsi. Je suis persuadé que si l'on avait consenti à une réunion commune des deux commissions, comme je l'avais demandé timidement, comme cela a lieu souvent lorsqu'il s'agit des endiguements et d'autres affaires, tous les obstacles eussent été aplanis et non seulement le texte constitutionnel, mais la règlementation de toute la question des subventions scolaires aurait pu être liquidée avant le nouvel-an pour entrer en vigueur en 1903. La majorité de la commission s'est montrée intransigeante. Elle préfère acheminer la solution au moyen de deux étapes, en faisant voter la constitution d'abord et la loi plus tard. Elle soutient que son chemin est plus court que celui préconisé par nous. Elle est dans l'erreur.

M. Munzinger s'est arrêté assez longuement sur une adjonction présentée par la minorité pour l'éducation des enfants anormaux. Il a voulu en faire voir la portée financière. Je n'ai pas bien saisi l'argumentation. Le chiffre de la subvention fédérale, déterminé sur une base donnée, demeurera le même quel que soit le nombre des dépenses auxquelles les cantons seront autorisés à affecter la subvention fédérale.

Le souci de l'éducation des anormaux se justifie assurément. L'instruction primaire est assurée à tous les enfants qui sont dans les conditions ordinaires, pourquoi en priverait-on les déshérités qui ont plus besoin encore de la sollicitude de l'état? De là la nécessité de subventionner, de créer des établissements spéciaux pour les enfants qui ne peuvent profiter de l'école publique.

Les propositions de la minorité ne forment du reste pas un bloc intangible. Nous aurions consenti

à toutes les améliorations. Des lettres auraient pu être retranchées ou ajoutées suivant le cas.

Le chiffre de 2 millions est prévu dans notre projet comme un minimum. Nous voulons laisser à l'autorité fédérale qui dispose du budget la compétence d'augmenter le crédit selon les circonstances.

C'est pour sauvegarder aussi l'avenir que nous avons prévu pour le conseil fédéral le droit d'assigner encore d'autres dépenses scolaires auxquelles les cantons auraient le droit de destiner tout ou partie de la subvention fédérale. Cette attribution, confiée par nous à l'autorité administrative, a été jugée sévèrement. On nous a accusés de manquer de logique, de clairvoyance en notre qualité de fédéralistes. Ces reproches ne sont pas fondés. Le conseil fédéral reçoit de la constitution fédérale toute une série de compétences sans passer par la loi. Ainsi il est chargé de veiller à la sûreté extérieure de la Confédération, etc. Pourquoi ne pourrions-nous pas lui attribuer la mission, de par la constitution, d'établir d'autres dépenses scolaires auxquelles la subvention fédérale peut être appliquée?

Les cantons ne seraient pas sacrifiés non plus. Il leur sera permis de multiplier les emplois du subside fédéral, que ce droit leur soit dévolu par la constitution, par la loi fédérale ou par un règlement émanant du conseil fédéral. Je ne vois pas en quoi cela pourrait détériorer leur position et affaiblir le cantonalisme.

Vous avez affirmé votre volonté de sauvegarder l'autonomie des cantons pour l'organisation de l'école populaire. Le texte admis par la majorité nous donne entière satisfaction. C'est pourquoi nous y adhérerons, en votation définitive, même si vous écartez nos propositions. Nous voulons laisser à chaque canton le soin d'organiser son enseignement populaire, cela dans l'intérêt de l'école proprement dite, puis aussi pour des motifs de confession, de langue, de race, dont on ne peut faire abstraction sans opprimer les uns ou les autres.

Je me suis plaint de l'intransigeance de la majorité de la commission. Pourtant elle a fait une concession importante. Elle a accepté de viser dans l'arrêté fédéral non seulement le second message du conseil fédéral qui est très bref et s'attache à une question de forme, mais encore le premier message de l'année 1901. Dans ce document, le conseil fédéral explique comment il entend que l'intervention financière de la Confédération pourra se produire dans le domaine si délicat de l'école. Ce message constitue l'exposé des motifs du texte constitutionnel, trace la conduite qui devra être suivie soit par les chambres fédérales pour l'élaboration de la loi, soit par le conseil fédéral pour l'exécution. Il fait en quelque sorte corps avec le nouveau texte de la constitution. De là son importance sur laquelle nous avons appelé l'attention de la commission. Elle en a reconnu le bien-fondé à l'unanimité et le premier message est visé aussi dans l'arrêté fédéral. Je ne doute pas que le conseil national ne se rallie à cette manière de voir et n'adhère aussi à cette adjonction.

Pour conclure je dirai que je me réjouis des résultats qui ont été obtenus. Je ne demande pas mieux que d'accélérer la solution, promettant que le canton de Fribourg fera l'emploi le plus judicieux des sommes qu'il touchera pour l'enseignement populaire.

M. Lachenal: Je suis très heureux de constater que la discussion se meut davantage sur le terrain académique que sur celui de combat. La minorité vient de nous annoncer par la bouche de M. le député de Fribourg qu'elle n'a pas chargé son arme à balle; c'est un coup à blanc que l'on nous annonce par avance et si sa proposition est rejetée, nous voyons qu'elle votera celle de la majorité de la commission. C'est un signe favorable et qui montre que la divergence entre les deux parties de la commission n'est pas aussi grande que l'on s'est évertué à le représenter.

Sans revenir sur les considérations qui vous ont été présentées par M. Munzinger, je crois cependant qu'il est bon de dire que le conseil fédéral et la majorité de la commission se sont efforcés de donner satisfaction à tous les voeux exprimés, de façon à pouvoir rendre le nouveau régime acceptable pour tous.

Nous avons cru pendant longtemps, en nous fondant sur une interprétation de l'art. 27 qui se réclame du bon sens, du contexte de l'article lui-même, de l'art. 2 notamment et du raisonnement «a contrario» qui a bien aussi sa valeur, nous avions cru, dis-je, que nous pouvions faire les subventions à l'école primaire sans remanier l'article constitutionnel et en procédant simplement par voie d'arrêté législatif.

Vous avez vu par quelle tolle d'objections notre proposition a été accueillie et comment, au sein du conseil national, afin de ne pas risquer de compromettre le succès final d'une oeuvre qui nous est chère, l'accord, dans un but supérieur de conciliation, s'est réalisé sur le terrain de la revision constitutionnelle.

Nous y sommes arrivés, mais pas tout de suite et, pour ma part je dois le dire, j'ai toujours considéré le premier terrain du conseil fédéral comme excellent, mais la perspective de réunir l'unanimité de l'opinion parlementaire valait bien un sacrifice. Nous disons donc maintenant: Comment reviser ou plutôt compléter l'art. 27 pour permettre à la Confédération de remplir sa nouvelle tâche? Le meilleur moyen est de dire les choses par leur nom et de proclamer non pas seulement que l'instruction primaire doit être suffisante, obligatoire, soumise exclusivement à l'autorité civile, gratuite dans les écoles publiques, mais encore que la Confédération a le droit de la subventionner, que cela est dans son rôle. Cela est simple, net, précis, concis.

Or, on nous demande maintenant d'insérer dans l'art. 27 toute une loi, c'est le mot, car ce que l'on nous propose, c'est toute une loi. Lorsque M. Python articule que nous n'opposons à la proposition de la minorité aucun argument, aucun motif, je réponds qu'il suffirait de celui que j'indique pour faire justice de cette objection. Il est certain que la constitution n'est pas un recueil de lois; le plus souvent elle s'en tient aux règles générales, elle énonce des principes. Et que faisons-nous à l'art. 27 bis, sinon énoncer un principe dont nous allons d'un commun accord tirer les conséquences. Pourquoi allonger cet article, l'embarrasser d'un arrêté d'un autre ordre et ne pas nous contenter de l'énoncé de la thèse qui n'a recueilli que des éloges et dont tout le monde paraît content.

La minorité arrive maintenant avec une proposition de subventionner les cantons pour l'instruction des sourds-muets! C'est très bien et s'il n'y avait que cela, je crois que nous nous mettrions vite d'accord, car je doute qu'aucun membre de cette assemblée ne fasse, lorsque le moment sera venu, quelque objection à cette nouvelle lettre à ajouter à l'énumération des missions des cantons. Mais nous voulons nous en tenir au principe et ne pas nous mouvoir sur le terrain constitutionnel avec un pareil poids derrière notre attelage, ce qui se ferait aux dépens de la fermeté et de la sécurité de l'allure vers le but poursuivi.

Je relève une contradiction qui vous a sans doute frappés dans le discours de l'honorable député de Fribourg. Il a dit qu'il ne faut pas aller plus loin que le contenu de l'article-loi de la minorité. Mais alors pourquoi présenter cette lettre L, désormais fameuse: «Autres dépenses» que le conseil fédéral peut ajouter à l'énumération ci-dessus, suivant les circonstances et les besoins. Donc la minorité d'une part éprouve du scrupule de lâcher trop la bride sur le cou à l'autorité fédérale, elle veut l'influencer dans la colonne des buts mentionnés, et d'autre part tout d'un coup elle lui abandonne par la lettre L tous les autres buts que cette autorité jugera bon de prévoir. Ne ferait-elle pas mieux dès lors de biffer toute cette énumération et de n'en conserver que la lettre L qui au fond les renferme tous et maints autres avec. C'est là une contradiction sur laquelle nous avons attendu quelque explication justificative, en vain, je le constate à regret.

Mais en même temps qu'une contradiction, cette lettre L prouve une confiance, une bonne volonté dont je suis infiniment reconnaissant au député de Fribourg. Il veut, d'avance, aujourd'hui, se lier les mains dans celles du conseil fédéral, donner à celui-ci une foule de nouvelles compétences, alors que hier vous ne trouviez pas assez de gendarmes pour sauvegarder l'autonomie cantonale et l'intégrité de l'art. 27.

La minorité se combat elle-même et détruit ses propres propositions. C'est ce qui ressort de plus clair du discours que nous venons d'entendre. Le député de Fribourg nous a parlé aussi de l'instruction professionnelle ou plutôt intégrale qu'il a raison de rêver et que nous rêvons tous avec lui, parce que nous savons que ce n'est pas l'instruction primaire qui met l'outil entre les mains de l'adolescent et assure son pain. Nous n'avons pas attendu le complément de l'art. 27 pour développer cette instruction professionnelle et personne ne regrette de voir la Confédération consacrer comme elle le fait depuis quelques années, 1,600,000 à 1,900,000 fr. par année à cette tâche. L'opinion publique approuve aussi le budget de l'école polytechnique qui n'est autre chose qu'une école professionnelle supérieure. Mais tout cela est différent de l'école primaire qui, dans son cadre restreint, sera toujours obligée de se contenter d'apprendre à nos enfants à lire, à écrire, à compter, à savoir un peu d'histoire et de géographie et à comprendre la base commune sur laquelle viennent se greffer successivement ou alternativement l'instruction professionnelle des métiers manuels, l'enseignement secondaire et enfin la culture scientifique et supérieure.

N'oublions point cela et confinons-nous aujourd'hui à l'instruction primaire, en laissant à l'avenir le soin de s'acheminer vers l'instruction intégrale, considérée en elle-même, comme but social et sans renoncer bien entendu aux efforts déjà exercés par les pouvoirs publics dans cette direction. A l'heure actuelle, marchons sous le drapeau de l'art. 27 nouveau, dont les plis contiennent et après la votation populaire dérouleront la proposition de la minorité qui n'est elle-même que la reproduction du projet d'arrêté du conseil fédéral de 1901.

Ne cherchons pas à compliquer les choses, voyons-les avec simplicité; que les cantons s'apprêtent à recevoir le subside et à l'employer sans dire d'avance que sa modicité ne permettra pas de contenter tous les appétits.

Je serai enchanté que, par la suite, la Confédération ait la force d'augmenter son subside et que tous, cantons et peuple, nous lui disions d'aller plus avant dans cette voie. Mais, si c'est là réellement la visée de M. Python, et je n'ai aucune raison pour en douter, je me demande pourquoi dans l'article qu'il nous présente, ce chiffre de 60 centimes par tête d'habitant se trouve mentionné puisque, lorsque nous voudrons en donner 70, il faudra passer par la revision constitutionnelle.

On fait en Suisse cette pénible constatation, c'est qu'il existe plus de 3000 instituteurs primaires dont le traitement n'atteint pas fr. 1000 par an et d'autre part qu'il y a plus de 1000 classes, 1000 locaux dans chacun desquels on entasse de 80 à 100 enfants. Ces deux considérations — et vous savez qu'il en est bien d'autres — suffisent à me faire voter l'article constitutionnel, dans l'espérance qu'il sera promptement suivi de l'acceptation du peuple et des cantons, puis de l'arrêté législatif promulgué par les chambres avec les modifications que comporteront les circonstances et en tenant compte des voeux de la minorité de la commission.

C'est une œuvre de conciliation et de bonne foi, de lumière et de progrès dont on peut dire qu'il y a longtemps qu'elle aurait dû être accomplie. Les débuts ont été difficiles et laborieux; souhaitons que, pareille à l'enfant suisse dont nous voulons assurer le bonheur, elle se développe, en force et en harmonie.

C'est mon voeu le plus cher et en le faisant, ma joie se double à la pensée qu'il n'est point formulé par les uns et subi par les autres, mais qu'il représente l'oxpression unanime et généreuse des sentiments du conseil des états.

M. le conseiller fédéral **Ruchet**: N'attendez pas, Messieurs, un discours ministre, je n'en ai pas la prétention. Je constate que les divergences de vues qui se sont manifestées au sein de cette assemblée ne portent pas sur le fond de la question. Il n'y a en cause qu'une question de forme, nous sommes tous d'accord sur le principe des subventions scolaires, sur la nécessité qu'il y a pour la Confédération de venir en aide aux cantons pour remplir le mandat qui lui est imposé.

En matière d'instruction primaire, on a soulevé la question de savoir si la subvention fédérale ne devait pas s'étendre aux écoles professionnelles. Toutefois même la minorité de la commission ne parle que de l'école primaire dans ses propositions.

Au surplus, rien n'empêche les cantons qui doivent organiser l'instruction de faire rentrer dans le domaine primaire le principe de l'instruction professionnelle. C'est une question qui appartient aux cantons et j'ai été surpris de voir M. le député de Fribourg sommer presque la Confédération d'intervenir dans ce domaine et de dire aux cantons: Vous devez travailler de cette manière et pas d'une autre.

Le conseil fédéral, fidèle à son principe, ne veut pas s'immiscer dans le domaine de l'instruction primaire et c'est pourquoi il ne veut pas fixer de règles aux cantons sur le mode dont ils doivent employer la subvention fédérale pour mettre l'instruction primaire dans une situation plus favorable que ce n'est le cas aujourd'hui.

Comme le disait l'honorable député de Genève, les cantons peuvent introduire le principe de l'instruction professionnelle dans le programme de l'école primaire et c'est ce qui se fait déjà aujourd'hui dans certains cantons ou dans les campagnes. Les communes reculées ont fait une place aux matières agricoles et le maître enseigne aux élèves, les principes de l'arboriculture, taille, greffe, et des autres branches de la science agricole. Il est loisible aux cantons qui veulent introduire ces branches dans l'école primaire, de le faire, le conseil fédéral ne les en empêchera pas. Nous disons donc que sur le fond de la question nous sommes tous d'accord, les divergences ne portent que sur des questions de forme.

Du reste, les propositions de la minorité de la commission reprennent celles du conseil fédéral. Pour l'éducation des élèves faibles d'esprit, physiquement ou moralement anormaux, il n'y a pas de divergence entre le conseil fédéral et la minorité et il est même à prévoir que si dans le projet de loi nous entrons dans les détails, on y verra figurer les rubriques de la minorité. Je ne parle pas de la lettre L: «Autres dépenses» que le conseil fédéral peut ajouter suivant les circonstances et les besoins. Si l'on veut accorder cette confiance au conseil fédéral, il ne fera pas d'objection.

La divergence de forme porte sur la question de savoir si la loi doit être inscrite dans la constitution, alors que d'après notre règle de droit public il n'y doit figurer que des principes qu'il incombe à la loi d'exécuter.

Je veux bien, comme l'a fait remarquer l'honorable M. Wirz, que la ligne de démarcation entre les matières qui figurent dans la constitution et celles qui appartiennent à la législation ne soit pas bien définie et qu'il dépende du conseil d'étendre cette ligne. Le mal ne serait pas bien grand si l'article de la minorité de la commission figurait dans la constitution, mais à condition qu'il restât tel quel et qu'il n'y fût pas fait d'adjonction; or, nous ne pouvons pas nous opposer à ce qu'il en soit apporté au cours du débat. Si l'on croit que l'énumération de la minorité soit suffisante, on se trompe, il y aura d'autres points qu'il faudra prévoir et ce n'est pas en adoptant cet art. 1 que l'on aura fait la loi, il faudra la compléter. Beaucoup de propositions peuvent se produire et être adoptées par l'assemblée, il ne serait donc pas pratique d'insérer une disposition législative dans le texte constitutionnel. Je ne veux pas dire que tout serait perdu si vous adoptiez les propositions de la minorité de la commission, mais je dis qu'il ne serait pas logique de le faire.

Non seulement la proposition de la minorité n'est pas pratique, mais elle diminue les garanties que cette dernière nous réclame à chaque instant. Elle nous dit: Vous n'avez plus besoin de faire une loi si vous prenez notre article constitutionnel. Mais avec cet article la Confédération pourrait s'immiscer dans le domaine de l'instruction primaire. Ce n'est pas là ce que veut le conseil fédéral, mais cela pourrait se faire avec l'article de la minorité plus facilement qu'avec une loi. Cet article diminue donc les garanties que l'on nous demande, puisque s'il était accepté, un simple règlement suffirait au lieu d'une loi.

Cette admission du point de vue de la minorité de la commission aurait un autre inconvénient qui serait de retarder la solution de cette question qui dure depuis 40 ans. C'est en 1861 qu'elle a été soulevée au sein du personnel scolaire et c'est en 1872 qu'elle a été abordée par les conseils. Cette question dure donc depuis 40 ans. Veut-on laisser finir cette législature sans présenter au peuple, dans un article constitutionnel, la disposition qu'il demande depuis si longtemps?

Si nous suivions le système proposé par la minorité de la commission, nous n'arriverions pas à chef, car il faudrait discuter encore le projet de loi présenté à l'origine par la minorité de la commission, en compléter le texte qui donnerait lieu à de longues discussions, quand ce ne serait qu'à l'égard du mode de calcul de la subvention scolaire. Le conseil fédéral propose comme base le chiffre de population, tandis que dans leur conférence les chefs des départements demandaient que l'on prît comme base le chiffre des classes. Certains disent qu'il faut calculer par tête, d'autres enfin nous disent: Combinez le chiffre de la population avec la superficie du territoire. En un mot, il y a beaucoup de systèmes, et le conseil des états lui-même ne pourrait pas au cours de cette session terminer une loi qui n'est pas très compliquée, mais dont la discussion serait longue. Cette loi ne pourrait donc pas aller au conseil national et nous ne viendrions pas à bout de cette question déjà si longuement discutée. Cette question de forme ne doit donc pas nous arrêter. Cela dit, nous reconnaissons que la minorité est parfaitement loyale et qu'elle n'a aucune arrière-pensée, puisqu'elle nous dit qu'elle ne fait pas de l'acceptation de sa proposition une condition sine qua non de son vote final qui sera affirmatif lors même que sa proposition ne serait pas acceptée. Je crois que ce n'est pas pour une question de forme qu'il faut renvoyer la discussion, nous devons au contraire nous efforcer de présenter avant la fin de la législature cet article constitutionnel qui nous occupe depuis si longtemps.

Munzinger, Berichterstatter der Kommissionsmehrheit: Was die Ausführungen des Herrn Python anbelangt, so gebe ich zu, dass man darüber streiten kann, ob der Begriff der Primarschule und derjenige der Volksschule einander vollständig decken. Ich gebe ferner zu, dass, sachlich genommen, das Fortbildungsschulwesen, speziell das gewerbliche Fortbildungsschulwesen, Anspruch darauf machen kann, als ein wichtiges Gebiet des Volksschulunterrichts betrachtet zu werden. Wir sind deshalb auch bestrebt gewesen, das gewerbliche Fortbildungsschulwesen in erster Linie nach Kräften zu heben. Das war auch die Ansicht des Bundes, der dasselbe finanziell unterstützt. Aber ich möchte auf einen Punkt aufmerksam machen, der tatsächlich besteht, und das ist derjenige, dass sich das gewerbliche Fortbildungsschulwesen auf einen richtigen Primarschul-Unterricht stützen muss, und dass, wenn wir mit dem gewerblichen Fortbildungsschulwesen und mit dem Fortbildungsschulwesen überhaupt, etwas erreichen wollen, die Grundlage desselben in einer guten Primarschule und in einem genügenden Primarunterricht besteht, genügend nach den Anforderungen der gegenwärtigen Zeit. Sie wissen das wahrscheinlich im Kanton Freiburg so gut wie bei uns, dass es eine ständige Klage ist, dass der gewerbliche Fortbildungsunterricht leide unter einer ungenügenden Vorbereitung der aus der Primarschule in den Fortbildungsunterricht Eintretenden. Das heisst mit andern Worten, dass man, wenn man überhaupt das Hauptaugenmerk auf die gewerblichen Fortbildungsschulen richtet, damit das Begehren unterstützt, die Primarschule als notwendige Voraussetzung eines gedeihlichen Fortbildungsschul-Unterrichtes zu heben. Ich bin auch weit entfernt, unser Primarschulwesen einzig zu beurteilen nach den Ergebnissen der Rekrutenprüfungen. Ich habe mich allerdings auf die Rekrutenprüfungen berufen und erklärt, wir können daraus Schlüsse ziehen speziell nach der Richtung hin, dass noch nicht alles so brillant stehe bei uns, wie man etwa annehme. Aber weit davon entfernt bin ich, zu sagen, es sei nur das Resultat der Rekrutenprüfungen der einzig richtige Bemesser des Wertes unseres Primarschulunterrichtes. In dieser Beziehung stimme ich Herrn Python vollständig bei. Dagegen bin ich gar nicht einverstanden, wenn er die 2 Millionen, welche vom Bunde gespendet werden sollen, als etwas betrachtet, was eigentlich nicht viel bedeute für die Kantone; man werde nicht viel oder eigentlich gar nichts damit erreichen. Wir — und ich glaube, die kleinern Kantone der Eidgenossenschaft noch mehr als wir — werden diese Subvention mit Dank und Vergnügen entgegennehmen. Speziell wir Solothurner werden sagen: wenn wir vom Bunde jährlich Fr. 60,000 zur Förderung unseres Primarschulwesens erhalten, so ist das für unsern Kanton eine erhebliche Summe, und wir müssten lügen, würden wir sagen, dass es uns leicht wäre, diese Summe auf andere Weise flüssig zu machen. Ich denke, so wird es auch im Kanton Freiburg sein; ich glaube, dass sie dort auch nicht derart gestellt seien, um sich über solche Summen leicht hinwegsetzen zu können. Es ist möglich, dass es im Kanton Baselstadt sich anders verhält, dass sein Schulwesen so ausgerüstet ist, dass er gar nichts mehr zu verbessern hat. Das wäre also ein ausnehmend glücklicher Kanton. Aber es hat aus einem Votum im Nationalrate herausgeklungen, als ob es doch nicht ganz so wäre, sondern auch im Kanton Baselstadt Verbesserungen durchgeführt werden können, und ich glaube, der letztere Redner hat recht gehabt.

Was Herrn Wirz betrifft, so bin ich mit den schönen Worten, die er ausgesprochen hat, durchaus einverstanden; sie haben mich gefreut, sie sind mir ins Innere hineingedrungen. Sie waren überzeugend, diese Worte über die Hochschätzung des Volkes gegenüber dem Volksunterricht. Sie waren so eindringlich, dass mich fast das Gefühl beschlich, dass, wenn Herr Wirz seinerzeit sie zu seinen Genossen gesprochen hätte, als es sich darum handelte, ob man auf dem Wege der Gesetzgebung oder der Verfassungsrevision vorgehen wolle, er sie dazu gebracht hätte, den Gesetzgebungsweg zu betreten, und dann wären wir mit dem Problem längst fertig, und wir brauchten heute nicht mehr darüber zu debattieren.

Nun noch eine Einwendung rechtlicher Art. Herr Wirz sagt uns, es gebe keine gesetzliche Bestimmung, keine Bestimmung der Verfassung, welche die Grenzlinie scharf ziehe, bis wie weit die Verfassungsbestimmungen gehen dürfen, und inwieweit man auf den Gesetzgebungsweg verwiesen sei. Das ist richtig. Diese Grenze ist durchaus schwankend und unbestimmt, und es ist deshalb richtig, wenn man uns sagt, die Bundesversammlung könne eigentlich in die Verfassung aufnehmen, was ihr beliebe, sie sei nach keiner Richtung formell beschränkt. Schliesslich steht ja auch über der Bundesversammlung kein höherer Richter, und wenn es auch nicht ganz richtig wäre, so müsste gelten, was in dieser Beziehung von seiten der Bundesversammlung beschlossen wurde, vorbehältlich allfällige Entscheidungen des Volkes. Nun gibt es aber Gegner dieses Gedankens, dass man Gesetzesbestimmungen in die Verfassung aufnehme, und zwar grundsätzliche Gegner, die behaupten, dass das nicht so ganz gleichgültig sei, sondern dass dadurch eine öffentlich-rechtliche Grundlage verschoben werde. Und warum? Was in der Verfassung steht, steht nicht mehr unter der gleichen Rechtsherrschaft wie das, was nur in einem Gesetze steht; was Sie an Detail in die Verfassung aufnehmen, unterliegt ohne weiteres der Abstimmung des Volkes und der Stände und kann nur mehr abgeändert werden, wenn die Mehrheit des Volkes und der Stände dazu stimmt. Nicht so, wenn Sie etwas auf dem Gesetzgebungswege bereinigen. Das ist der grosse öffentlich-rechtliche Unterschied. Nun kann man ja schon sagen, es wäre gut, wenn man dem Volke zugleich mit der Revision der Verfassung, mit der Aufnahme eines allgemeinen Prinzips in die Verfassung auch die Detailbestimmungen eines Gesetzes vorlegen könnte, indem das Volk dann ganz genau wüsste, wie dieser Grundsatz ausgeführt werden soll. Allein als Grundsatz auszusprechen, dass wir das nun ordentlicherweise tun wollen, ist unmöglich, geht nicht an und zwar aus dem angeführten Grunde. Ich glaube deshalb, es wäre nicht gut, da wir doch dazu nicht durch die Umstände gezwungen sind, den Anfang zu einer derartigen Praxis zu machen. Denn es könnten sich aus dieser Praxis ausserordentlich unangenehme Konsequenzen ergeben, und zwar bewusst in Bezug auf eine Aenderung der öffentlich-

rechtlichen Grundlagen, die in unserm Lande in Bezug auf Verfassung und Gesetzgebung bestehen.

Ich will aber diese theoretischen Erörterungen fallen lassen und mich noch einmal auf den rein praktischen Standpunkt stellen. Da lässt sich nicht bestreiten, dass, wenn Sie den Antrag der Minderheit der Kommission annehmen, Sie in dieser Session und auf unbestimmte Zeit hin nichts beschlossen haben, d.h., dass die Bundesversammlung nach keiner Richtung zu einem endgültigen Entscheid gelangt sein wird. Wir werden weder die Verfassungsrevisionsfrage, noch irgend etwas weiteres erledigt haben. Wie lange dies gehen wird, wissen wir nicht; aber es ist jedenfalls auf nicht genau zu bestimmende Zeit hinausgeschoben. Nun scheint mir, dass wir mit dieser Schulsubventionsfrage nachgerade genügend erfahren haben, was für Zwischenfälle immer wieder vorkommen können, welche die ganze Frage in das Meer der Ungewissheit und des Zweifels hinausstossen. Während einer ungezählten Zahl von Jahren haben wir das erlebt, und die Schulsubvention wurde immer wieder auf eine fernere bessere Zeit hinaus verschoben. Wer garantiert, dass bis zur nächsten Dezember- oder Sommersession derartige Zwischenfälle nicht eintreten und die Angelegenheit nicht neuerdings verschoben wird? Ich glaube, die Erfahrungen, die wir hinter uns haben, sollten uns belehren. Herr Wirz sagt, wir schiessen zwei Vögel mit einem Schuss. Es ist aber schon mancher Jäger auf die Jagd gegangen und wollte zwei Vögel mit einem Schuss erlegen, hat aber gar keinen geschossen, und das könnte auch uns in diesem Falle leicht begegnen. Uebrigens mache ich Sie darauf aufmerksam, dass die letzte Versammlung der Erziehungsdirektoren in Bern in ihrer Mehrheit der bestimmten Meinung war, wir sollten auf eine Aenderung der Grundlagen nicht mehr eintreten, sondern sollten auf der Basis des Beschlusses des Nationalrates vorgehen. Ich bin der gleichen Ansicht. Wenn wir zu einem Ziele kommen wollen, müssen wir beschliessen, was von seiten der Mehrheit der Kommission beantragt wird.

Wirz, Berichterstatter der Kommissionsminderheit: Gestatten Sie mir das Wort zu einer ganz kurzen Replik. Ich werde in der vorgerückten Zeit Ihre Geduld möglichst wenig lang in Anspruch nehmen.

In erster Linie ist von Herrn Lachenal betont worden, dass lit. 1 des von der Minderheit vorgeschlagenen Art. 27bis viel zu weit gehe und dass darin eine Inkonsequenz gegenüber dem grundsätzlichen Standpunkte der Kommissionsminderheit liege. Ich habe schon in meinem ersten Votum betont, dass für uns das Wesentliche darin liege, dass die Auswahl unter den Zwecken, für welche die Bundessubvention zu Gunsten der Volksschule verwendet werden solle, in die Hände der Kantone gegeben sei. Das ist für uns das Entscheidende, dass die Kantone zu bestimmen haben, für welche Zwecke sie die Bundessubvention verwenden wollen, und dass es sich der Kontrolle des Bundes entzieht, ob diese Zwecke gerade diejenigen seien, die am nächsten liegen. Darum haben wir nichts dagegen, wenn der Bundesrat auch andere verwandte Zwecke bezeichnet, welche im Gebiete des Volksschulwesens vom Bund subventioniert werden können. Wir wollen damit dem Wechsel der Verhältnisse und Bedürfnisse, der nun einmal mit allem Irdischen unausweichlich verbunden ist, Rechnung tragen. Ich sehe nicht ein, warum denn unsere Anträge die Garantie abschwächen sollten, welche durch den Absatz 3 des Art. 27bis, wie er vom Nationalrat angenommen ist und Ihnen von der Kommissionsmehrheit heute vorgeschlagen wird, der Kantonalhoheit im Volksschulwesen geboten ist. Alles Wesentliche wird nach dem Antrag der Kommissionsminderheit im Verfassungswege geregelt und was einem Regulativ vorbehalten bleibt, ist Sache mehr formeller Natur. Wie im Vorbehalt eines derartigen Regulativs eine Abschwächung der uns gewährten Garantien liegen kann, vermag ich augenblicklich wirklich nicht einzusehen.

Der verehrte Herr Kommissionsreferent hat in ausserordentlich wohlwollender Weise den Worten seine Anerkennung gezollt, mit denen ich meiner Sympathie und meinem Interesse für die Volksschule Ausdruck gegeben habe. Das hat mich gefreut. Aber der Herr Kommissionsreferent geht zu weit, wenn er meint, dass ich konsequenterweise hätte dazu kommen müssen und meine Kollegen von der Minderheit dazu hätte bestimmen können, die ganze Angelegenheit im Gesetzgebungswege statt im Wege der Verfassungsrevision zu lösen. Die Sympathie für die Volksschule hat damit nichts zu tun, ob wir den Weg der Verfassungsrevision oder den Weg der Gesetzgebung betreten. Ich habe ausführlich nachgewiesen, dass es uns darum zu tun war, Garantien gegen eine über den gegenwärtigen Art. 27 B. V. hinausgehende Einmischung des Bundes in das Volksschulwesen zu bekommen. Ich habe auch gesagt, dass nicht etwa nur politische oder konfessionelle Gründe, sondern gerade auch das Interesse an der Volksschule uns zu dieser Forderung bewogen haben, weil wir fürchten, dass die Initiative und die Tätigkeit der Gemeinden und Kantone erlahmen könnten, wenn der Bund sich allzuweit in das Volksschulwesen einmischen würde. Jetzt machen es Gemeinden und Kantone sich zu einer patriotischen und Ehrenpflicht, die Schule zu fördern. Aber je mehr die Schule Bundessache wird, desto mehr werden sie das alles dem Bund überlassen und die Initiative der zunächstliegenden Organe wird mehr oder weniger lahmgelegt.

Ich weiss sehr genau, dass zwischen demjenigen, was in der Verfassung enthalten ist und dem, was nur in einem Gesetz festgelegt wird, ein wesentlicher Unterschied besteht. Aber gerade darum, weil ein wesentlicher Unterschied zwischen Verfassung und Gesetz besteht, der schon darin zum Ausdruck kommt, dass die Verfassung nur mit der Zustimmung der Ständemehrheit abgeändert werden kann, was beim Gesetz nicht der Fall ist, legen wir einen entschiedenen Wert darauf, dass alles Wesentliche in Bezug auf die Schulsubvention in der Verfassung selber festgelegt und nicht auf den Gesetzesweg verwiesen werde.

Herr Kollege Munzinger hat wegen meiner Aeusserung, wir könnten zwei Vögel in einem

Schuss erlegen, Veranlassung genommen, der Befürchtung Ausdruck zu geben, es könnte uns möglicherweise der eine und der andere Vogel entfliegen. Ich habe diese Befürchtung nicht. Wenn Sie die Anträge der Kommissionsminderheit im wesentlichen annehmen — wir halten nicht daran fest, dass alles tale quale in Bausch undBogen angenommen werde — so bin ich überzeugt, dass beide Vögel in einem Schuss erlegt werden. Und das kann ich nicht begreifen, dass unser Vorgehen nicht der raschere und kürzere Weg sei, der zum Ziele führe, wenn wir die Angelegenheit in einer einzigen Volksabstimmung erledigen, als wenn wir zuerst die Verfassungsrevision der Volks- und Ständeabstimmung unterbreiten, nachher erst das Gesetz ausarbeiten und dieses Gesetz wieder das Referendum passieren muss und möglicherweise an der Klippe des Referendums scheitern wird. Ich befürchte das letztere zwar nicht, aber die Möglichkeit ist vorhanden. Wenn alles im Sinne der Kommissionsminderheit und im wesentlichen auch im Einverständnis mit der Kommissionsmehrheit in der Verfassung geregelt wird, so zweifle ich am Erfolg nicht.

Ich hätte noch verschiedenes zu sagen, aber mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit, will ich mich auf die gemachten Ausführungen beschränken.

M. Python: Je retiens la déclaration que vient de nous faire M. le conseiller fédéral Ruchet que, d'après le projet, il était entendu que l'école complémentaire et obligatoire serait considérée comme un complément de l'école primaire. Je crois que cette déclaration a une grande importance.

Puisque j'ai la parole, permettez-moi de répondre quelques mots à M. Lachenal. J'ai dit que 2 millions ne suffiraient pas et le député de Genève voit une contradiction entre cette affirmation et l'article constitutionnel que nous proposons qui prévoit un subside de 60 centimes par tête d'habitants. Je me permets de vous faire observer que c'est au minimum 60 centimes et que par conséquent la contradiction qui m'a été opposée n'existe pas.

Je ne crois pas non plus qu'il y ait contradiction dans l'art. 27bis tel que nous le proposons. Après avoir énuméré les différents buts dans lesquels le subside fédéral doit être employé, comme des besoins nouveaux peuvent se produire, nous laissons au conseil fédéral la latitude nécessaire pour indiquer de nouveaux buts et nous ne voyons aucun inconvénient à cela puisque les cantons restent libres de choisir entre ces buts.

Un mot encore: J'ai déclaré que nous accepterions l'argent avec reconnaissance pour l'école primaire où il pourrait être très bien employé, mais je crois que l'on aurait pu en arriver au même résultat en se plaçant sur le terrain de l'enseignement professionnel. C'est pour cela que nous avons fait la réserve qu'une somme de 2 millions ne pouvait être qu'un minimum et que pour développer l'instruction et satisfaire tous les besoins il faudrait nécessairement une somme plus considérable.

M. Berthoud: Vous avez entendu tout à l'heure notre collègue M. Python prendre acte de la déclaration de M. le conseiller fédéral Ruchet que les cantons pourraient affecter une partie du subside fédéral au développement de l'école professionnelle.

Pour mon compte je souhaite qu'il en soit ainsi mais il y a cependant une question à examiner ici. Nous ne devons pas donner à la revision constitutionnelle le caractère d'une loi qui engage l'avenir en ce qui concerne les lois et règlements à faire. On a insisté sur ce fait qu'il n'y avait qu'une différence de forme entre la majorité et la minorité de la commission. Je vois aussi entre ces deux points de vue une certaine différence de fond qui n'est pas fondamentale, mais a cependant une certaine importance. Dans le projet de la minorité de la commission il est dit que les subsides de la Confédération seront appliqués aux dépenses qui sont énumérées et entre lesquelles les cantons peuvent choisir.

J'admets bien que les cantons doivent pouvoir choisir entre ces buts mais non pas d'une manière absolue. Je ne saurais admettre qu'un canton consacrât tout ce qu'il reçoit de la Confédération à des constructions, réparations ou installations d'écoles de telle sorte qu'il ne restât rien à accorder aux instituteurs dont le traitement est insuffisant. Je veux bien que l'on accorde aux cantons la plus grande liberté possible, mais elle ne doit pas aller jusque là, et je crois que le contrôle de la Confédération sur l'emploi des sommes qu'elle verse doit s'exercer afin que tout cet argent ne soit pas consacré à un seul des buts énumérés par la minorité de la commission.

J'estime donc que même en ce qui concerne le fond de la question il y a une certaine différence entre la majorité et la minorité de la commission et j'en tire la conclusion qu'une loi est nécessaire pour déterminer exactement et après étude complète de la question, l'emploi qui devra être fait par les cantons du subside fédéral. Néanmoins j'admets qu'il n'y a pas de différence fondamentale entre les deux fractions de la commission.

M. Python: M. Berthoud ne m'a pas bien compris ou je me suis mal exprimé; je n'ai pas parlé de l'école professionnelle, mais du programme de l'enseignement primaire auquel on peut ajouter certaines branches de l'enseignement professionnel. C'est là ce qu'a dit M. le conseiller fédéral et c'est de cela que j'ai pris acte.

Pour la seconde question je ferai observer à M. le député de Neuchâtel que la disposition qu'il critique n'est pas de la minorité de la commission, mais que c'est le projet du conseil fédéral lui-même qui laisse aux cantons la liberté du choix entre les différents buts énumérés. La commission du conseil national n'a pas touché à cette disposition. Pour ce qui nous concerne nous attachons à cette disposition une importance très grande; il faut laisser aux cantons la liberté en ce qui concerne l'attribution du subside.

Si l'on revenait en arrière sur ce point, notre vote pourrait en être modifié, mais je ne pense pas qu'il doive en être ainsi, le projet du conseil fédéral ayant été approuvé à l'unanimité par la commission du conseil national.

Abstimmung. — *Votation.*

Mit 24 gegen 14 Stimmen wird Eintreten auf Grund der Vorlage der Kommissionsmehrheit beschlossen.

(Par 24 voix contre 14, l'entrée en matière sur la base des propositions de la majorité de la commission est décidée.)

Detailberatung. — *Discussion article par article.*

Titel und Ingress. — *Titre et préambule.*

Munzinger, Berichterstatter der Kommission: Ich mache darauf aufmerksam, dass wir den Titel dahin abgeändert haben, dass wir das Wort «öffentlich» einschalten und von der Unterstützung der öffentlichen Primarschule durch den Bund reden. Das ist nichts anderes als eine treue Uebersetzung des franz. Textes, welcher den Ausdruck «publique» bereits enthält, und entspricht auch dem Sinne des Gesetzes. Der Bund will nur die öffentliche Primarschule unterstützen.

Im Ingress zitieren wir auch die Botschaft des Bundesrates vom 18. Juni 1901 und nicht nur diejenige vom 17. Mai 1902.

Angenommen. — *(Adoptés.)*

Art. 1.

Munzinger, Berichterstatter der Kommission: Die von uns vorgeschlagene Aenderung an dem Beschluss des Nationalrates besteht darin, dass wir sagen: «Den Kantonen werden . . . Beiträge geleistet» statt: «Den Kantonen können . . . Beiträge geleistet werden». Es war der Wille der Kommission, und wenn ich nicht irre, war sie einstimmig, in dieser Beziehung eine ganz klare Situation zu schaffen.

Ueber die beiden andern Alineas will ich mich nicht verbreiten. Man kann darüber streiten, ob nicht das dritte Alinea überflüssig sei und ob nicht das Gleiche schon im gegenwärtigen Wortlaut der Verfassung enthalten sei. Aber nachdem man sich einmal darauf versteift, und es namentlich zur Beruhigung der Minorität dient, wollen wir nicht dagegen sein, indem in diesem Alinea nicht mehr gesagt ist, als in dem gegenwärtigen Verfassungsartikel.

Wirz: Ich will die Diskussion nicht verlängern, aber ich verweise auf meine Voten zu der Eintretensfrage, um zu konstatieren, dass wir das dritte Alinea des Art. 27bis für ausserordentlich wesentlich halten.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Art. 2.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Art 3.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Präsident: Damit wäre der Bundesbeschluss durchberaten. Wünschen Sie auf irgend eine Bestimmung des Beschlusses zurückzukommen? — Wenn nicht, so folgt die Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung. — *Votation finale.*

Der Bundesbeschluss wird mit 33 Stimmen angenommen. Dagegen erhebt sich niemand.

(L'arrêté fédéral est adopté sans opposition par 33 voix.)

An den Nationalrat.
(Au Conseil National.)

Für die Redaktion verantwortlich *Rud. Schwarz.* — Druck und Expedition von *H. Jent* in *Bern.*

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Unterstützung der Primarschule. BB vom 4. Oktober 1902

Subvention à l'école primaire. AF du 4 octobre 1902

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1902
Band Volume Volume	III
Session Session Sessione	Herbstsession Session d'automne Sessione autunnale
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	01
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	1901_007
Datum Date Data	01.10.1902 - 09:00
Seite Page Pagina	439-460
Ref. No	20 027 173

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.